

Diskussionsgrundlage zu einem Gratiszug um gegen den EU-Gipfel in Nizza, im Dezember 2000, zu demonstrieren

ein **gratiszug**

nach **nizza**

2. aktualisierte Auflage

Mai 2000

DM 1,50

1. (aktualisierter) Aufruf (Jan. 2000)

An alle Gruppen, die sich für europaweite und internationale Perspektiven linker Politik interessieren

Aufruf zur Diskussion über einen Gratiszug nach Nizza

In Nizza wird am 7./8. Dezember 2000 ein EU-Gipfel stattfinden (Nicht in Paris, wie irrtümlich von uns angenommen). Wie schon beim Kölner Gipfel wird es dort um die konkrete Zukunft der Europäischen Union gehen.

Die Gipfel sind die Repräsentations-Höhepunkte der EU. Damit sind sie Symbol für die EU-Politik und stehen für Sozialabbau und wirtschaftliche Liberalisierung im Inneren, Abschottung gegenüber MigrantInnen nach aussen, die wirtschaftliche, politische oder militärische Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen gegenüber Ländern in Osteuropa und im Trikont, die Verwertung der Natur im Europamasstab (Agenda 2000, Transeuropäische Netze...) und anderes mehr.

Wir gehen davon aus, dass der europäische Einigungsprozess die Rahmenbedingungen auch für die sozialen Bewegungen verändert hat. Gegen das Europa-Projekt der Herrschenden ist eine internationale Organisation erforderlich. Als Kristallisationspunkt für eine übergreifende internationale Zusammenarbeit bietet sich der Widerstand gegen die EU-Gipfel an. Ansätze einer derartigen Organisation sehen wir z.B. im Euromarsch-Bündnis. Allerdings bewegt sich bisher in Deutschland nur wenig, wie auch die linksradikale Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Köln gezeigt hat

Unser Vorschlag ist, das Gratiszug-Konzept aufzugreifen, das in Frankreich und Italien erfolgreich praktiziert wird. So wollen wir an die Bewegungen in diesen Ländern anknüpfen und die Mobilisierung in Deutschland intensivieren und verbreitern. Folgende Beispiele sollen zeigen, was wir an diesem Konzept interessant finden:

- 1500 Menschen aus Italien fuhren 1997 zum EU-Gipfel nach Amsterdam, ohne zu bezahlen, ohne Kontrollen, ohne Papiere. Der Zug wurde allerdings in Deutschland und in Amsterdam gestoppt. Bezahlt wurde nicht, ob Papiere gezeigt wurden wissen wir nicht.
- Im März 1999 wurde in Frankreich und Italien zu einer europaweiten antirassistischen Demo anlässlich des dritten Jahrestages der Besetzung der St. Bernard-Kirche durch die Sans Papiers mobilisiert. Auch hier wurde der Versuch unternommen, aus Italien mit Gratiszügen – ohne zu bezahlen, ohne Kontrollen, ohne Papiere – nach Paris zu fahren. An der Aktion nahmen auch illegal eingereiste albanische Oppositionelle teil. 3000 Menschen aus Italien und Albanien wurden an der französisch-italienischen Grenze von

2000 CRS-Bereitschaftspolizisten gestoppt und an der Einreise gehindert.

- Zur Euromarschdemo gegen den EU-Gipfel in Köln reisten 1200 Menschen aus Frankreich in einem Gratiszug an – ohne Kontrollen, ohne zu bezahlen, ohne Papiere, mit Erfolg. Für diesen Gratiszug wurde in Frankreich ein Jahr lang öffentlich mobilisiert.

Darüber hinaus wurde das Konzept auch in den Niederlanden und Grossbritannien aufgegriffen, dort wurde für Gratiszüge nach Köln mobilisiert.

An die Gratiszug-Idee wollen wir zum Herbst diesen Jahres anknüpfen

- Weil sie das Europa der inneren und äusseren Grenzen praktisch, zumindest aber symbolisch, in Frage stellt. Das Gratiszugkonzept beachtet die Ausgrenzung von Menschen aufgrund nationaler Zugehörigkeit nicht. Gratiszüge sind ein Teil antirassistischer Praxis.
- Weil sie das Prinzip von Markt, Preis und Eigentum praktisch in Frage stellt. Damit wird das Prinzip des freien Zugangs zum gesellschaftlichen Reichtum für alle über das Prinzip des kapitalistischen Profits gesetzt.
- Weiter ist das Konzept international ausgerichtet, es wird in anderen Ländern schon praktiziert, dadurch bieten sich Anknüpfungspunkte, wie gemeinsame Mobilisierung etc.

Wichtig ist uns eine öffentliche Mobilisierung. Wir wollen die Forderung nach einem Gratiszug durch eine Kampagne verbreiten und so auch das Bewusstsein für die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und den Widerstand in Europa schärfen.

Seit April 2000 gibt es bundesweit Gruppen, die sich mit der Idee auseinandersetzen. An der bundesweiten Diskussion sind auch wir beteiligt. Ausserdem gibt es von uns eine Broschüre, die über obige Adresse erhältlich ist. Die Broschüre informiert über die Idee und zeigt Beispiele von Gratiszugaktionen in anderen Ländern.

AK Internationalismus

Eigentumsvorbehalt: Diese Broschüre ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle der Nichtaushändigung ist die Broschüre dem/der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Sollten nur Teile der Broschüre nicht ausgehändigt werden, so sind nur diese an die/den AbsenderIn mit einer Begründung zurückzusenden.

Inhalt:

Das Leben ist kostenlos! (Vorwort z. 2. Auflage)	4
1, 2, 3, 4, viele Gratiszüge nach Nizza	6
Übersetzungen zur bisherigen Praxis der 'Gratiszüge' aus Frankreich, den Niederlanden und Italien	22
Gegen das rassistische Europa am 27. März 1999 in Paris	23
Das Europa des Krieges hat die Grenzen für die Zivilgesellschaft und die Solidarität geschlossen	25
Jospin's Knüppel gegen das Recht auf Bewegungsfreiheit	26
Ein Gratiszug nach Köln	28
Wir wollen auf unsere zehn Rechte pochen können!	28
Bewegen wir uns!	29
Mit dem Schnellzug durch das Poldermodell	30
Gratiszug-Aktion zur Antifa-Demo nach Wien	32
Kritik und Neuigkeiten	35
»Strategische Neuorientierung«: Piraterie! (Kritik aus dem Kassiber)	35
Aufruf der Euromärsche gegen den EU-Gipfel in Nizza	38

Das Leben ist kostenlos!

Vorwort zur zweiten Auflage

Ihr haltet die zweite Auflage der Broschüre des *ak internationalismus* aus Bielefeld in euren Händen. Inzwischen hat sich auch schon etwas getan. Zum einen sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Gipfel, zu dem wir gerne mit einem Gratiszug reisen möchten, in Nizza stattfindet und nicht, wie wir angenommen haben, in Paris. Das ganze 'event' steigt auch nicht im Herbst 2000, sondern genau am 7. und 8. Dezember 2000. Wir freuen uns auf Nizza. Die Côte d'Azur ist im Dezember wunderschön und in Nizza können wir zusammen mit den Reichen und Schönen Europas gegen das kapitalistische und rassistische Europa demonstrieren und abends werden wir dann vielleicht von Boris Becker, Claudia Schiffer oder sonstwem auf seine/ihre Yacht eingeladen und genehmigen uns nach einem aufregenden Tag noch einen 'Absacker', wie man und frau neuerdings den Schlaftrunk nennt. Während wir das tun diskutieren wir dann mit besagten Reichen und Schönen oder nur Schönen oder nur Reichen, wie wir ein Europa des Rassismus, der sozialen Ausgrenzung, des Patriarchats verän-

dern und zwar nachhaltig! Die Drinks gehen natürlich auf deren Kosten.

Doch zurück zur Broschüre, denn bis Nizza ist ja noch ein bisschen Zeit. So langsam trudelt auch Kritik ein, über die wir uns sehr freuen. Gleich vorweg: das Ziel dieser Broschüre war, eine Diskussionsgrundlage zu schaffen. Wir wollten nicht die Welt erklären, das wird schon oft genug gemacht und endet meistens bei einem Buch (oder mehreren). Wir hatten und haben aber nicht vor, ein Buch zu schreiben. Insofern bleibt die Broschüre an vielen Stellen fragmentarisch, also oberflächlich und kann einen natürlich an den Leistungsvergleich von Kuchenrezepten erinnern, wie *Else Koslowski* in der Bremer Zeitung kassiber in wundervoller Ironie zurecht anmerkt (Die Kritik könnt ihr in dieser Broschüre genießen, S.35). Uns ging es darum, nach der Erfahrung mit der Kampagnenpolitik in Köln zum EU-/WWG-Gipfel 1999 zu überlegen, wie man die verkrusteten, bröckelnden, eingefahrenen und deprimierenden Strukturen in der BRD aufbrechen kann und wie man unter Umständen durch eine neue (alte) Aktionsform ein neues Feld

der politischen Auseinandersetzung für emanzipatorische Menschen und Gruppen öffnen kann. Das ist die Absicht, die hinter dem Gratiszug-Konzept und hinter dieser Broschüre steckt. Da wir uns dem Netzwerkgedanken verpflichtet fühlen, Hierarchien und straffe, zentrale Organisation für unnötig – ja für die Emanzipation sogar kontraproduktiv – halten, werden wir aber auch nicht diejenigen sein, die hier einen Gratiszug zum Freizeitvergnügen anderer organisieren werden. Die Broschüre stellt unsere Einschätzung und Position dar, nicht eine allgemeingültige Letztbegründung für das Gratisleben oder Gratiszüge. Wir denken, das aktive Linke, sofern sie aktiv bleiben wollen, sich mit Möglichkeiten der Praxis auseinandersetzen müssen und nicht alle Jahre wieder das gleiche Kampagnengeheine an den Tag legen sollten. Wir beschreiben in unserem *Text 1, 2, 3, 4, viele Gratiszüge nach Nizza (vorher Paris)* warum wir es wenigstens für wert halten, einen Versuch der Gratiszug-Praxis zu starten. Eine Revolution sehen wir deshalb noch lange nicht am Horizont heraufziehen. Ebensowenig schliessen wir

aus den aktuellen Kämpfen, die wir in der Broschüre beschreiben (Kämpfe der *sans papiers* etc.), ein notwendigerweise revolutionäres Potential. Wir sind keine GeschichtsdeterministInnen. Wir sehen nur die offensiven Momente der Kämpfe und ihren zunehmenden internationalen (zumindest aber europäischen) Charakter. Ansonsten bleiben wir bei unserem Motto, »es gibt nichts Gutes, außer man tut es«.

Die erste Auflage der Broschüre ist bereits vergriffen und dies ist die zweite Auflage. An unserem Papier haben wir vorerst nichts verändert, auch wenn wir einiges der Kritik, die an uns herangetragen wurde für richtig halten. Es gab inzwischen mehrere bundesweite Treffen von einigen Gruppen, die das Konzept diskutieren und wir hoffen, dass es bald mehr werden. Das bundesweite Treffen versucht sich gerade an einer Plattform. Das könnte ein erster Schritt in Richtung bundesweite Vernetzung sein. **Es wird auch über eine Frauen-Lesben-Mobilisierung nachgedacht: Kontakt hierzu gibt es über die Feministische Antifa Bielefeld** (gleiche Anschrift wie der AK Internationalismus). Alle Gruppen und Personen, die an der Diskussion und der Aktion teilnehmen wollen, sind eingeladen, dies zu tun. Dabei wird es sicher auch darum gehen, inwiefern die

in dieser Broschüre zu Papier gebrachte Einschätzung richtig sein kann. Über einige Punkten, wie etwa der regulären Migration, der geschlechtsspezifischen Migration und an einer eindeutigen Patriarchatskritik im Zusammenhang mit Europa muss noch konkret nachgedacht werden, diese Punkte werden in der Broschüre gar nicht bedacht oder nur am Rande abgehandelt. An einigen dieser Punkte sind auch wir uns noch nicht im Klaren, wie wir vorgehen sollen oder haben widersprüchliche Positionen. Hier sind aber alle gefordert. Und mit Anregung von aussen, etwa konstruktiver Kritik, wie in *Elses* (S. 35) Falle, können die eigenen Schwächen in der Analyse oder der Praxis erst überprüft und erkannt werden. Das ist allemal besser, als alleine das Süppchen zu kochen.

Wir denken nicht daran, die Aktion als Kampagne für Nizza alleine durchzuführen. Mit unserem Vorschlag wollen wir die Praxis des kostenlosen Lebens in dem Territorium verbreiten, das gemeinhin Deutschland genannt wird. Während die Sache in Frankreich schon eine gewisse Dimension hat, die auch in der Broschüre zum Ausdruck kommt, scheint diesseits der Grenze (obwohl wir angeblich in einem grenzenlosen Europa leben) diese Praxis scheinbar (bis jetzt) keinen Boden für ihre Entfaltung zu haben.

Vielleicht liegt es ja an der »Ordnlichkeit« der »Deutschen«. Ist es so wie es der berühmte Genosse Wladimir Illjitsch Uljanow (Lenin) benannt hat: löst der deutsche Revolutionär erst eine Bahnsteigkarte, bevor er eine Revolution auf dem Bahnhof anzettelt! Wir hoffen nicht, dass unsere Bemühungen an der deutschen Ordnungsliebe scheitern. Wir, für unsern Teil, lieben die Unordnung und das, obwohl uns dieses Territorium – genannt Deutschland – am stärksten geprägt hat. Und vielleicht wird es hier ja mal zur Praxis gehören, dass Menschen auf Aktionen kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.

Dass das Leben gratis sein soll sagt uns schon die Bibel
*Die ihr kein Geld habt,
kommt, kauft ein und eßt! Ja,
kommt, kauft ohne Geld und
ohne Kaufpreis Wein und
Milch! (Jesaja 55,1)*

und die kann sich wohl kaum irren, oder?

ak internationalismus



1, 2, 3, 4, viele Gratiszüge nach Nizza

Dieser Text soll das Gratiszugkonzept etwas ausführlicher vorstellen. Zuerst stellen wir kurz die Situation in Europa und der BRD aus unserer Sicht dar. Darauf folgt die Darstellung des antikapitalistischen Aspekts der Gratiszug-Idee und der Vergleich des Gratis-Konzeptes mit anderen Ansätzen zur sozialen Frage. Dann kommt ein Abschnitt, in dem wir die antirassistische Komponente von Gratiszug-Aktionen darstellen. Zur Veranschaulichung haben wir schließlich noch Flugblätter und Berichte von Gratiszugaktionen aus den Niederlanden, Frankreich und Italien übersetzt.

Wir wollen das Konzept, Gratiszug mit Vielen diskutieren und es, wenn genügend Unterstützung kommt, gemeinsam umsetzen. Neben diesem direkten Anliegen ist dieser Text auch ein Aufruf zur Auseinandersetzung mit der Situation und den Handlungsmöglichkeiten der Linken. Ausgangspunkt unserer Überlegungen sind die Gipfel in Köln im Juni 99: Wir waren an der Gegen-Mobilisierung beteiligt. Wie einige Beiträge (z.B. die Broschüre der

Gruppe Landfriedensbruch) bereits kurz nach dem Gipfel illustriert haben, waren die Mobilisierung und die Aktionen in Köln ein Trauerspiel. Zu keinem Zeitpunkt wurde offensiv gegen die Gipfel vorgegangen. Weder auf der Straße noch auf irgendeinem anderen Feld der Öffentlichkeit wurden Akzente des Widerstandes gesetzt. Woran lag das?

Bewegungen vor den Gipfeln und heute

Wir sehen unsere Schwäche in Köln als Symptom eines allgemeinen Problems: Der Linken in der BRD (aber auch weltweit) fehlt es an Anziehungskraft, an Perspektiven und an Ideen, um gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zu bekämpfen. Im Gegensatz zu anderen Kampagnen, wie etwa zur Kampagne gegen den Internationalen Währungsfond (IWF) 1988 in West-Berlin oder gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München 1992 mangelte es bei der Mobilisierung gegen die Gipfel in Köln an außerparlamentarischem Potential, das erfolgsversprechende Aktionen zur Demaskierung

der Gipfel hätte tragen können.

Im Gegensatz zu Köln stützten sich die erfolgreicheren Gegenkampagnen in Berlin und München auf Bewegungen in der Tradition der APO.¹ Das ist jetzt nicht mehr möglich: Für uns sieht es so aus, daß in den 60ern ein Zyklus gesellschaftlicher Auseinandersetzung begonnen hat, der jetzt zu ende geht. Deshalb ist eine Neuorientierung der Linken erforderlich, um die Krise unserer Politik zu überwinden. Zu dieser Neuorientierung wollen wir beitragen. Darum bemühen wir uns, die Erfahrungen der Kämpfe der letzten drei Jahrzehnte einzubeziehen und die gesellschaftlichen Veränderungen zu untersuchen. Erst auf der Grundlage einer derartigen Analyse können wir versuchen, eine neue Praxis zu entwickeln. »Weiter irgendwie« wird – unserer Ansicht nach – zu weiteren Mißerfolgen und Frustrationen wie in Köln führen.

Als Grundlage für unser Verhältnis zur herrschenden Gesellschaft sehen wir den Zorn über Herrschaft und Ausbeutung, also ein systemopponentelles Bewußtsein.

Eine Neubestimmung unserer Position darf nicht bedeuten, den Weg von Joseph Fischer zu gehen. Seit dem »Siegesszug des Kapitalismus« nach 1989 ist klar, daß die bisherige Praxis der außerparlamentarischen Linken ihre Grenzen hat. Trotz kleiner (Teil-)Erfolge ist es nie gelungen, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse allgemein und fundamental zu erschüttern. Kapitalismus, Imperialismus, Sexismus und Rassismus werden heute nicht mehr hinterfragt: Multikulti kaschiert Rassismus, Quotenregelungen das Patriarchat, Imperialismus und Kapitalismus heißen Freiheit und Menschenrechte. Die Hoffnungen, die die APO und andere Bewegungen weltweit getragen haben, die Ende der 60er für eine Aufbruchsstimmung sorgten, sind nicht erfüllt worden. Die Ursachen dafür sehen

wir in den Fehleinschätzungen und der Begrenztheit der eigenen Kämpfe einerseits, in der enormen Befriedungs- und Integrationskraft der HERRschaft in den Metropolen andererseits. An einer Neubestimmung unserer Politik wird darum kein Weg vorbeiführen, wenn es darum geht, in Zukunft wieder angemessen auf Ereignisse wie die Gipfel in Köln zu reagieren.

Wir haben festgestellt, daß es innerhalb der Linken in der BRD wenig Interesse an der momentanen Entwicklung in Europa gibt, in deren Verlauf die Verflechtungen zwischen den Nationalstaaten immer enger werden. Wir sehen in dieser Entwicklung die Entstehung eines europäischen Staatsgebildes. Die Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen kann darum nicht mehr im bisherigen nationalstaatlichen Rahmen stattfinden.

Der europäische Einigungsprozess erfordert eine internationale Organisation des Widerstandes.

Bisher sind die Euromärsche die einzige europäische soziale Bewegung. Sie schafften es in kurzer Zeit, immerhin ein Bewußtsein für die Existenz eines kapitalistischen, ausbeuterischen Europas zu schaffen. Durch ihre Aktionen wurde die Ungleichheit, die Ungerechtigkeit, die Ausgrenzung, die Eckpunkte des Europas der HERRschenden thematisiert und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Trotz der Widersprüchlichkeit der Euromärsche, die sich tatsächlich zwischen Sozialdemokratie (!) und autonomen Basisgruppen bewegen, hat diese erste europäische Bewegung Modellcharakter, aus deren Erfahrungen wir lernen können. Vorrangige Ziele sollten demnach einerseits die



*Für
Bewegungsfreiheit
und die freie Wahl des
Wohn- und
Aufenthaltsortes*

Entwicklung einer internationalen Opposition und vor allem einer internationalistisch denkenden Linken sowie andererseits die Basisopposition vor Ort sein. Als Bedingung dafür sehen wir eine breite Diskussion über die Bedeutung der Europäischen Union für die globalen und lokalen Kampfbedingungen an.

Die 90er waren von einer neuen Qualität von Klassenkämpfen, von Kämpfen der Ausgegrenzten sowie von sozialen Bewegungen geprägt, die die europäische Frage und antikapitalistische sowie antirassistische Organisation auf die Tagesordnung setzten. Es kam zu gemeinsamen Kämpfen der Arbeitslosen und Ausgegrenzten in Frankreich und Deutschland, zum gemeinsamen Streik der Renault-ArbeiterInnen in Belgien, Spanien und Frankreich, zu miteinander verbundenen Kämpfen der Sans-Papiers in Frankreich, Belgien und Deutschland sowie zu grenzüberschreitenden antifaschistischen Aktionen. Darin sehen wir Ansätze dafür, daß sich angesichts der begrenzten Wirksamkeit lokaler und nationaler Kämpfe eine internationalistische Perspektive gemeinsamer Kämpfe entwickelt.

Die Kämpfe der Sans-Papiers, der Arbeitslosen und sozial Ausgegrenzten sind Kämpfe, die vor allem die Aneignung gesellschaftlicher Güter und Werte, die

Kritik an der Definition gesellschaftlicher Arbeit im Kapitalismus sowie die Aneignung des öffentlichen Raumes als ein Terrain eines neuen antikapitalistischen und antirassistischen Selbstverständnisses zum Ziel haben. Viele dieser Kämpfe sind Abwehrkämpfe gegen Rationalisierungsmaßnahmen oder Verschärfungen, sie werden mit dem Rücken an der Wand stehend ausgetragen. Dennoch stecken sie voller offensiver Momente der Aneignung und Organisation. Sie durchbrechen partiell den sozialpartnerschaftlichen Konsens kapitalistischer Konfliktregelung auf radikale und unvorhergesehene Weise; sie können von herrschender Seite bzw. den systemtragenden Kräften (Gewerkschaften etc.) zumindest teilweise nicht mehr funktionalisiert und kanalisiert werden. Sie spiegeln eine neue Qualität autonomer und basisorientierter Organisationsprozesse wider, die die nationalen Begrenztheiten der sozialen Kämpfe in der Tendenz überwinden und die Eigentumsstruktur kapitalistischer Vergesellschaftung z.T. radikal infrage stellen.

Die neue Qualität dieser Kämpfe und Bewegungen sehen wir auch darin, daß ihnen der Netzwerk- und Koordinationsgedanke zugrundeliegt. Gefragt ist hier nicht mehr das starre Eisenkorsett einer antiimperialistischen oder antikapitalisti-

schen Einheitsfront, sondern eine partielle Einheit an konkreten politischen Fragen und Zielen. Nach unserer Auffassung geht es heute nicht mehr an, Frauen, MigrantInnen und weiße, männliche Angehörige der sogenannten »Mehrheits«gesellschaft zwanghaft über einen Kamm zu scheren. Auch eine enger gefaßte, abstrakte Einheit, z.B. »die Frauen« oder das »Proletariat«, kann den gesellschaftlichen Realitäten nicht gerecht werden. Die Koordination, und damit eine partielle und konkrete Einheit von Kämpfen und Kämpfenden, ist darum grundlegend wichtig. Diese gemeinsamen Kämpfe sollten jedoch im Bewußtsein der eigenen Verwobenheit in patriarchale und rassistische Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse geführt werden: Einheit im Kampf ja, aber nur im Bewußtsein von Herrschaft und Differenz.

Im Zusammenkommen und in der Vernetzung der autonomen Kämpfe und Basisprozesse auf europäischer Ebene sehen wir eine aktuelle, notwendige strategische Orientierung: Aus einem gemeinsamen Vorgehen gegen das Europa der Herrschenden kann sich ein Emanzipationsprojekt entwickeln, das in den verschiedenen Kämpfen der europäischen Realitäten eine Basis findet. Ein Projekt, das fähig ist, auch die weltweite, imperialistische Vorherrschaft europäischer Mächte

infrage zu stellen und anzugreifen.

Money for nothing or trains for free? Der Gratiszug als Beispiel für antikapitalistische Aktionen auf europäischer Ebene

Der Gratiszug ist eine Aktionsform, die vor allem in Frankreich und Italien entwickelt und in den Niederlanden und Großbritannien aufgegriffen worden ist. In den Kämpfen in Frankreich und Italien steht der Gratiszug für mehr als »Zugfahren für lau«: Die Aktion wendet sich dort gegen Markt und Eigentum und beinhaltet damit eine grundsätzliche Kritik am kapitalistischen Prinzip. Vor allem in diesen beiden Ländern werden Gratiszüge darum als ein Baustein in einem weitergehenden Konzept gesehen, dem Gratsleben. Dieser Ansatz bekommt dadurch, daß er auf internationaler Ebene praktiziert wird, eben durch die Gratiszüge, eine besondere Qualität.

‘Existenzgeld’, Anti-Imperialismus, Lohnkämpfe und ‘Gratsleben’ im direkten »Leistungsvergleich«

Um die Besonderheiten des Gratsleben-Konzeptes deutlich zu machen, wollen wir es im folgenden drei anderen linken Politik-Ansätzen gegenüberstellen, die die soziale Frage auf unter-

schiedliche Art und Weise thematisieren. Während Anti-Imperialismus und Lohnkampf traditionelle Ansätze linker Politik sind, haben sich die Konzepte ‘Existenzgeld’ und ‘Gratsleben’ in den letzten Jahren unter Berücksichtigung veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse herausgebildet. Unsere Untersuchung der Ansätze findet unter den Aspekten der theoretischen Analyse, der Perspektiven und Grenzen, die die Ansätze bieten, sowie Möglichkeiten der Aktion, Bündnismöglichkeiten und ihrer Basisorientierung statt. Die Darstellung der Ansätze bleibt selbstverständlich auf Aspekte beschränkt und gibt nicht die gesamte Vielfalt wieder, die die verschiedenen Ansätze bieten. Es geht uns um die genannten Aspekte, weil sie für die Art der Politik, die wir wollen, wichtig sind.

a) Geld zum existieren, existenzialistisches Geld? — ‘Existenzgeld’

Beginnen wir mit neueren Überlegungen zur sozialen Frage, die zur Forderung nach Existenzgeld geführt haben. Diese Forderung hat folgenden Hintergrund: Die technische Entwicklung des Kapitalismus führt dazu, dass immer mehr Menschen weltweit aus dem Arbeitsprozess herausfallen. Damit verliert der Lohnarbeitssektor seine Schlüsselstellung in

der Gesellschaft und folglich die »ArbeiterInnenmacht« ihre strategische Position im Produktionsprozess. Gewerkschaftliche Organisation und Lohnkämpfe stellen keine Gegenmacht zur Bourgeoisie mehr dar. Darüber hinaus ist das Konzept des ‘Existenzgeldes’ auch ein Resultat feministischer Auseinandersetzung mit der ‘unsichtbaren Arbeit’, die hauptsächlich von Frauen im Reproduktionsbereich (Haushalt, Kinder erziehen etc.) geleistet wird, aber im Kapitalismus nicht bezahlt wird. Das Konzept ist unabhängig von der Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess erstmal für alle Menschen der Gesellschaft zugänglich.

Inhaltliche Form: Im Zentrum steht die Forderung nach 1500 DM + Warmmiete für alle, unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht, also eine Existenzgrundlage für alle.

Mögliche Aktionsformen: Nach unserer Einschätzung besitzt das Konzept hauptsächlich appellativen Charakter. Der Staat soll zur Umverteilung gesellschaftlicher Reichtümer gebracht werden. Demonstrationen, Besetzungen (z.B. von staatlichen Institutionen) etc. sind mögliche Mittel, um politischen Druck zu erzeugen.

Perspektiven: In der Utopie geht es um den Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise durch die Umverteilung gesellschaftli-

cher Reichtümer in großen Maßstab. Es ist ein öffentlichkeitswirksamer Ansatz, der ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer thematisiert und dadurch ein Mobilisierungspotential hat. Das Konzept ist ein mögliches Mittel, die kapitalistische Arbeitsideologie anzugreifen, d.h. der Zwang zur Arbeit wird vom 'Existenzgeld' Konzept negiert, Leistungsdruck und Arbeitshetze werden unterminiert. Das Konzept erfordert eine grundsätzliche Thematisierung und Neubewertung der Frage, was gesellschaftliche Tätigkeit ist! Es bestehen die Möglichkeiten lokaler, bundesweiter (z.B. Arbeitslosenkoordination) und europä-

weiter (zB. Euromarsch) Bündnis-Praxis.

Grenzen: Staat und Kapitalismus sollen ihren eigenen Zusammenbruch organisieren durch Erfüllung der Existenzgeldforderung. Die Kardinalfrage lautet dabei: welcher Staat macht das? Eine Selbstorganisation als Voraussetzung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist in der Vorstellung nicht vorhanden, bzw. soll von sich aus im Kampf entstehen. Eine internationalistische Praxis ist äußerst schwierig zu realisieren. Internationale Solidarität erscheint quasi ausgeschlossen, weil die Existenzgeldforderung von Anfang an auf eine bundesweite oder

europaweite Dimension begrenzt ist. Denn: 1.500,- DM + Warmmiete ist eine europäische Vorstellung von Existenz.

Bündnisse und Koordinationsmöglichkeiten: Die Existenzgeld-Forderung kann ein breites gesellschaftliches Bündnis schaffen. Sie umfasst potentiell die ArbeitsplatzbesitzerInnen, die Hausfrauen/männer, die Arbeitslosen, die SozialhilfeempfängerInnen, Studierende undsoweiter. Hinter die Forderung nach Existenzgeld können sich beispielsweise auch ArbeitsplatzbesitzerInnen stellen, da die entlohnte Arbeit erstmal nicht abgeschafft werden soll und durch das Konzept dro-



10 Für Verständnis kann man sich nichts kaufen: Demonstration von Arbeitslosen in Paris (7.1.1998)

hende Arbeitslosigkeit kein Existenzproblem mehr darstellt. Gleichzeitig wird den ArbeitsplatzbesitzerInnen der Druck durch viele Arbeitslose auf den Arbeitsmarkt genommen. Die große Schwierigkeit: die Einheit zerbricht möglicherweise dann, wenn klar wird, dass die Realisierung des Existenzgeldes zur Umwälzung der herrschenden Verhältnisse führen soll (also wenn Tacheles geredet wird). Eine internationalistische und anti-imperialistische Einheit ist nicht möglich, weil sich die Praxis nur auf einen Nationalstaat oder auf den europäischen Rahmen beziehen kann.

Basisorientierung: Die Existenzgeldforderung versucht möglichst viele gesellschaftliche Gruppen, Organisationen in einer Kampagne zu sammeln bzw. hinter einer Forderung zusammenzubringen. In diesem Sinne setzt sie nicht nur auf die Selbstorganisation der Kämpfe. Sie ist offen für verfasste politische Gruppen und Organisationen und die Zusammenarbeit mit Parteien. Der politische Druck, der entwickelt werden soll, kann vom Staat, seinen Institutionen und von Parteien funktionalisiert, integriert und befriedet werden (zB. durch die Erfüllung von begrenzten Zugeständnissen, man denke an das 'Bürgergeldmodell' der FDP und der Grünen oder an das Poldermodell in Holland).

An diesem Punkt besteht die Gefahr, daß die Einheit auf antikapitalistischer Basis Risse bekommt. Antikapitalismus wird von den linksradikalen Protagonisten des Konzepts intendiert, für die Praxis im Zusammenspiel mit anderen Menschen und Gruppen ist Antikapitalismus jedoch keine Voraussetzung, um das Konzept mitzutragen.

b.) 'Proletarischer Internationalismus (urbanes Proletariat)' oder neuer Anti-Imperialismus

Der Anti-Imperialismus hat eine Geschichte, die bis in die Zeit Lenins zurückreicht. Der Anti-Imperialismus, von dem hier die Rede sein soll, hat sich vor etwa 30 Jahren jenseits institutioneller Organisationen entwickelt. Er ist verbunden mit den militanten Gruppen, die ihn in den 70er und 80er Jahren praktizierten. Ihr Versuch der militärischen Konfrontation fand allerdings in der BRD-Gesellschaft keine Basis, die eine Perspektive gehabt hätte. Als richtige Konsequenz haben sich in den 90er Jahren alle Gruppen aufgelöst. Die Idee des anti-imperialistischen Kampfes lebt aber fort und wird weiterentwickelt.

Theoretische Überlegungen: Hintergrund des Anti-Imperialismus sind die angenommene Tendenz zur Übernahme der Produktion durch das Proletariat in den

Zentren und vor allem die Revolutionen von nationalen Bewegungen im Trikont (70er u. 80er Jahre). Gegen diese einheitliche Entwicklung führt die internationale Bourgeoisie eine konterrevolutionäre Offensive durch. Ein Teil der verbliebenen VertreterInnen des Ansatzes geht heute davon aus, dass der gemeinsame Widerstand der Kämpfe in der Metro-pole und im Trikont zum Zusammenschluss des internationalen urbanen Proletariats führt. Das Proletariat wird so weltweit zu einer homogenen sozialen Figur, die sich im Zuge der zunehmenden Verstärkung immer weiter durchsetzt. Der Bewußtwerdungsprozeß der gemeinsamen Ausbeutung soll durch Aktionen kommunistischer Organisationen vorangetrieben werden, die in den kapitalistischen Zentren und im Trikont eingreifen. Zentrales Moment des Ansatzes ist die internationale Solidarität. Im Kampf entstehen internationale revolutionäre Strukturen, die die Macht übernehmen und die kommunistische Weltgesellschaft durch einen Transformationsprozeß (Sozialismus) herstellen.

Mögliche Aktionsformen: Politisch-militärische (avantgardistische) Strategie in den Zentren, Intervention an der Seite von revolutionären Bewegungen im Trikont und Bezugnahme auf soziale Kämpfe in den Zentren, die anti-institutionell und somit

Ausdruck der Autonomie des Proletariats sind.

Perspektiven: die Weltrevolution als politisch-militärischer Prozeß. Zu erwarten ist dabei die Gleichzeitigkeit der Kämpfe im Trikont und in den Zentren. Der gemeinsame Kampf entwickelt die Sprengkraft zur Umwälzung der herrschenden Verhältnisse. Die internationalistische Perspektive steht im Vordergrund. Im Kampf wollen die ProtagonistInnen zur realen Gegenmacht werden und dann die Machtfrage stellen.

Grenzen: Die Revolutionierung des Alltags (soziale Revolution) steht nicht im Zentrum der politischen Aktionen, da der Ansatz den Kampf gegen die kapitalisti-

schen Institutionen als zentrales Moment ansieht. Die Umwälzung des Alltags wird auf den Zeitraum nach der Machtübernahme verschoben und an die 'Diktatur des Proletariats' delegiert. Die Annahme von Gleichzeitigkeit und Einheit der Kämpfe entspringt einem historischen Determinismus. Diese Vorausbestimmung von Entwicklung ist unserer Meinung nach nicht möglich, schon aufgrund der objektiv vorhandenen Interessenunterschiede zwischen den Menschen in den Zentren und im Trikont. Das avantgardistische Konzept sieht keine Selbstorganisation breiter Bevölkerungsteile vor. Es besteht die Gefahr der starken Beto-

nung des militärischen Kampfes, wie wir ihn auch aus der Geschichte der Bewegungen in der BRD kennen.

Bündnisse und Koordinationsmöglichkeiten: Potentielle BündnispartnerInnen sind erstmal alle revolutionär-anti-imperialistischen Kräfte weltweit. Die Einheit des Proletariats insgesamt als weitergehende Perspektive ergibt sich aus der Einschätzung der objektiven Lage und aus dem Glauben, daraus eine bestimmte Entwicklung ableiten zu können. Das Konzept bleibt in diesem Punkt abstrakt: Die Strategie zur Umsetzung und Mobilisierung der Einheit des Proletariats auf internationalen Ebene bleibt unklar, oder es wird angenommen, daß autonome Kämpfe von selbst entstehen und daß ein objektives Interesse an der Einheit perspektivisch besteht.

Basisorientierung: Das avantgardistische Konzept ist auch offen für institutionalisierte Gruppen, Parteien und Organisationen. Ausgerichtet ist das Konzept dennoch an der autonomen Organisation und der autonomen Praxis des urbanen Proletariats. Das ist der Bezugspunkt in der kommunistisch-avantgardistischen Strategie der VertreterInnen des Ansatzes, zu ihrer Unterstützung soll interveniert werden. Durch das Dringen auf die militärische Machtübernahme, scheint das anti-imperialistische Konzept auf



den ersten Blick nicht integrierbar, allerdings hat die militärische Konfrontation in den Metropolen zu einer tiefgreifenden Niederlage geführt und einige der 'national'revolutionären Bewegungen des Trikonts wurden in den letzten Jahren sehr wohl integriert (z.B. Die PLO in Palästina oder in Kürze die PKK in Kurdistan). Soziale Bewegungen, deren Praxis und Inhalte als reformistisch und begrenzt begriffen werden, werden nicht als gleichwertige BündnispartnerInnen akzeptiert. Damit besteht die Gefahr, daß die eigene Vorstellung von Organisierung zur Entfernung und Abgrenzung von alltäglichen, 'begrenzten' und sozialen Kämpfen und Bewegungen führt.

c) »Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will« - der Lohnkampf

Lange Zeit galt die klassische ArbeiterInnenbewegung, mit ihrer gewerkschaftlichen Organisationsstruktur als jene Kraft, die durch ihre Stellung in der gesellschaftlichen Produktion des Kapitalismus alleine in der Lage ist, den Kapitalismus zu überwinden. Dabei haben allerdings ArbeiterInnen bewiesen, dass sie aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess nicht automatisch auch ein emanzipatorisches Bewusstsein gewinnen. In vielen Ländern haben sich

die ArbeiterInnen beispielsweise an faschistischen Bewegungen beteiligt, obwohl sie damit objektiv gegen die Interessen ihrer Klasse gehandelt haben. Die Annahme von Marx, daß sich die objektiven Ausbeutungsbedingungen in einen subjektiven Drang zur Überwindung der Ausbeutungsverhältnisse umsetzen, hat sich nicht bewahrheitet.

Durch die Automation der Fabrik und die mikroelektronische Revolution ist die klassische industrielle Arbeit dabei zu verschwinden. An ihre Stelle treten eine Vielzahl von Beschäftigungsverhältnissen, die vor allem im sogenannten Dienstleistungssektor entstehen. Die Beschäftigungsverhältnisse sind im höchsten Maße ungesichert und ausdifferenziert. Dennoch machen Linke Lohnkämpfe zum zentralen Moment emanzipatorischer Kämpfe.

Theoretische Überlegungen: Die lohnarbeitende Bevölkerung besitzt immernoch die zentrale Schlüsselposition in der Gesellschaft. Dadurch, dass ihre Arbeit gebraucht wird, würde eine kollektive Verweigerung der lohnarbeitenden Bevölkerung den Kapitalismus zerstören. Als erste Stufe soll im alltäglichen Lohnkampf (z.B. durch Lohnerhöhungsforderungen) ein Bewusstsein von der ArbeiterInnen-Macht entstehen. Lohnkämpfe sind daher Teil des Emanzipationsprozesses.

Durch das Ausbeutungsverhältnis findet der Klassenkampf an den Arbeitsplätzen alltäglich statt, in Form von individueller Verweigerung und Aneignung.

Mögliche Aktionsformen: Streik, Arbeitsplatzbesetzungen (Fabriken, Büros). Vor allem wilde Streiks, die nicht von den sozialpartnerschaftlich agierenden Gewerkschaften kontrolliert werden können sollen organisiert werden. Auch hier sind, ähnlich wie beim 'Gratisleben'Konzept, die Ereignisse in Frankreich (In diesem Fall sind es die Streiks) Leitbilder.

Perspektiven: In der Dynamik der Lohnkampferfahrung lässt sich eine reale Gegenmacht aufbauen, die nicht mehr ins kapitalistische System integrierbar ist und das System somit in eine existenzielle Krise stürzt.

Grenzen: Das Feld der Organisierung der LohnarbeiterInnen ist bereits von mächtigen Gewerkschaften besetzt, die nicht an einer fundamentalen Veränderung der Gesellschaft arbeiten, sondern in Sozialpartnerschaft mit den UnternehmerInnen zusammenarbeiten. Das Feld beschränkt sich zudem nur auf einen Teil der Gesellschaft, auf die lohnabhängig Beschäftigten. Davon gibt es aber immer weniger. Unter dem Druck des Heeres von Arbeitslosen finden zudem immer weniger erfolgreiche Lohnkämpfe statt,

woraus schliesslich die Erfahrung der eigenen Stärke resultieren soll.

Einheit: Die potentielle Einheit bleibt auf das Feld der lohnabhängig Beschäftigten in den Metropolen beschränkt.

Basisorientierung: Basisorientierte Einflussnahme erscheint unwahrscheinlich angesichts des starken Einflusses der Gewerkschaften, da v.a. in der BRD eine sehr stark ausgeprägte sozialpartnerschaftliche Tradition existiert.

d) Das Leben kostet nichts – das 'Gratisleben'

Mit dem 'Gratisleben' knüpfen wir an einen Begriff an, der hauptsächlich in Frankreich gebräuchlich ist und dort auch einiges an organisierter Praxis hervorgebracht hat. Die 'Vision' vom 'Gratisleben' hat überall im Alltag ihre Praxis, mehr oder weniger organisiert. Die Praxis drückt sich beispielsweise durch das Klauen am Arbeitsplatz oder im Supermarkt oder beim fahrkartelosen Gebrauch öffentlicher Transportmittel aus, aber auch politisch organisiert durch das Besetzen von Häusern, Kampagnen zum kostenlosen Benutzen von Verkehrsmitteln usw. In den 70ern und 80ern gab es auch in der BRD (West-Deutschland) einige gute Ansätze, die das Gratisleben implizit praktiziert haben (v.a. die Autonome Bewegung ist hier

zu nennen). Die neue Qualität des 'Gratisleben' aus Frankreich besteht darin, dass dort das Konzept auf breiter gesellschaftlicher Basis politisch vertreten wird und sich unter dem Begriff *gratuité* eine vielfältige Praxis entwickelt hat.

Theoretische Überlegungen: Durch die Aneignung/Enteignung gesellschaftlicher Werte und Güter durch die Gratis-Lebenden findet die praktische Infragestellung des kapitalistischen Prinzips von Markt, Besitz und Eigentum statt. Das Konzept des 'Gratislebens' ist eine antikapitalistische und sozialrevolutionäre Praxis der Aneignung gesellschaftlicher Reichtümer unter den bestehenden herrschenden Verhältnissen. Die bestehenden Eigentumsverhältnisse werden negiert. Als solidarische Praxis mit politischer Aussage ist das Konzept die Vorwegnahme einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Das, was als individuelles Verhalten schon verbreitet ist (Klauen, 'Schwarzfahren', Klauen im Betrieb etc.) kann in eine kollektive gesellschaftliche Praxis transformiert werden.

Mögliche Aktionsformen: 'Beahlt-wird-nicht-Aktionen' in Supermärkten und öffentlichen Verkehrsmitteln, 'Gratis'-Kommunikationsguerilla-Aktionen, Besetzung von Wohnraum, Plünderungen/Riots.

Perspektiven: Potentiell die gesellschaftliche Selbstorga-

nisierung, die die Vergesellschaftung aller Werte, Güter und Reichtümer zum Ziel hat, das bedeutet kollektive Strukturen zur Revolutionierung des Alltags. Aneignung (soziale Revolution) wird gegen kapitalistisches Profitprinzip und gegen den Schutz des Privateigentums gesetzt. Möglichkeiten der Praxis existieren im lokalen (Stadtviertel, Betriebe), bundesweiten (Verkehrsmittel, Geschäfte, Betriebe), europaweiten (vernetzte Gratiszüge gegen die EU) und im internationalen Rahmen (durch symbolische Nord-Süd-Umverteilungsaktionen).

Grenzen: Durch die Ablehnung der Anerkennung von Privateigentum finden v.a. organisierte Aktionen potentiell auf hohem Konfrontationsniveau statt, da das Privateigentum selbstverständlich durch eine Vielzahl an Gesetzen geschützt ist und von einem breitem Konsens in der Öffentlichkeit getragen wird. D.h. das Konzept läuft Gefahr ziemlich schnell kriminalisiert zu werden. Es richtet sich weiter objektiv gegen alle diejenigen, deren Arbeitsplatz von den enteigneten Objekten abhängig ist und für die die kapitalistische Produktionsweise (noch) Existenzgrundlage ist. Die internationalistischen Perspektiven des Konzeptes sind vorerst eher symbolischer als konkreter Art.

Einheit: Einheit ist auf antikapitalistischer Basis mög-



27. März 1999: Demo anlässlich des 3. Jahrestages der St. Bernard Kirchenbesetzung von Sans

lich, mit (Haus-)Frauen, ImmigrantInnen, RentnerInnen, Arbeitslosen, eingeschränkt bei ArbeitsplatzbesitzerInnen, deren Existenzgrundlage durch den Angriff auf das kapitalistische Prinzip erstmal infragegestellt wird. Das Erreichen von Einheit auf internationalistischer, anti-imperialistischer Basis ist schwierig, dafür ist die kontinuierliche Einbeziehung eines internationalen 'Gratislebens' erforderlich und die ständige Auseinandersetzung mit den horizontalen Machtverhältnissen im Nord-Süd-Verhältnis.

Basisorientierung: Das 'Gratisleben'-Konzept setzt auf Selbstorganisation und Revolutionierung des Alltags. Soziale Revolutionierung durch Infragestellung des kapitalistischen Status Quo und Emanzipation durch Selbstorganisation. Selbstorganisation schließt Funktionarismus und Avantgardismus aus. Somit ist das Konzept anti-institutionell

und kann von linken Sekten, Parteien, Institutionen und vom Staat nicht integriert und funktionalisiert werden. Es hat die autonome Organisation der Kämpfe zur Voraussetzung.

Mit der Darstellung der vier Ansätze wollen wir nicht den einen oder anderen Ansatz gegeneinander ausspielen. Die Gegenüberstellung macht für uns den Sinn, im direkten Vergleich sich die Möglichkeiten und Grenzen der Ansätze zu vergegenwärtigen. Das Konzept des 'Gratisleben' ist für uns am attraktivsten, weil es absolut basisorientiert und antiinstitutionell ist und ausserdem sich die Aktionen von selbst vermitteln, sowohl der Öffentlichkeit, als auch den beteiligten AkteurInnen. Man muss hier nicht gross erklären, warum man das zu tun hat und die Praxis in Frankreich bestätigt das. Desweiteren entspricht dieses Konzept unserem Verständnis von sozialer Umwälzung (Revolution),

die in einem permanenten dialektischen Prozess zwischen den Handelnden und der Gesellschaft stattfinden wird und sich nicht in einem historischen Ereignis manifestieren wird. Den Prozess der Umwälzung betrachten wir als einen revolutionären Prozess, eine Revolution als Ereignis ist dagegen bestenfalls eine Machtübernahme in revolutionärer Absicht.

Wir gehen davon aus, daß in einem revolutionären Prozess auch Lohnkämpfe, militante Interventionen und Forderungen an die Institutionen ('Existenzgeld') ihren berechtigten Platz haben. In der aktuellen Situation, die wir zu Anfang beschrieben haben, halten wir aber das 'Gratisleben'konzept für sehr attraktiv, auch weil es bereits eine europäische Dimension hat.

Insbesondere den Gratiszug, als Baustein des 'Gratisleben'konzeptes halten wir für einen Ansatz für eine basisorientierte, autonome Organisation in einem

europäischen Rahmen. Dieses Europa bestimmt zunehmend unser Leben und unsere Kampfbedingungen. Wir wollen an das anknüpfen, was unsere französischen und italienischen GenossInnen seit dem Amsterdamer EU-Gipfel praktizieren. Wir wollen mit dem Gratiszug das »Recht auf öffentliche Beförderung«, wie es unsere französischen GenossInnen nennen, durchsetzen. Wir rufen alle Gruppenzusammenhänge, Kollektive, BasisaktivistInnen und andere Interessierte auf, sich an der Organisierung des 'Gratisleben' zu beteiligen. Der Gratiszug steht dabei für das Recht auf öffentliche Beförderung, Hausbesetzungen stehen für das Recht auf Wohnen, Klauen im Supermarkt steht für das Recht auf den alltäglichen Bedarf an Essen und Gebrauchsgüter, wir wollen nicht betteln, oder von staatlichen oder privaten Wohlfahrtsorganisationen verwaltet werden, wir behaupten, das Leben ist Gratis und wir haben recht.

Fighting Fortress Europe by Train

Der Gratiszug als Beispiel für antirassistische Aktionen auf europäischer Ebene

»Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkans sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen

der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung. Aber die zwangsweise Vertreibung geht einher mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen. [...] Wenn die metropolitanen Regimes darauf zielen, ihre innere Stabilität durch Abschottung der Grenzen zu behaupten, so können wir dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen.«

Aus: Früchte des Zorns

Alle wissen, daß es heutzutage für Geld, Waren und Kapital immer leichter wird, die Grenzen nationalstaatlicher Territorien zu überqueren, daß das Verbreitungsgebiet von Informationen nicht mehr eingegrenzt werden kann und daß soziale, politische oder ökonomische Widersprüche nicht mehr auf nationale Angelegenheiten zu reduzieren sind. Im Gegensatz zu Geld, Waren und Kapital wird der Grenzübertritt für viele Menschen erschwert und für diejenigen, die sich außerhalb der Festung Europa aufhalten nahezu unmöglich gemacht.

Seit den Anfängen der kolonialen Expansion vor über 500 Jahren nimmt sich Europa, nehmen sich die ehemaligen und noch heute existierenden europäischen

Kolonialmächte das Recht heraus, Grenzen zu ziehen, willkürlich festzulegen, mit aller Gewalt aufrechtzuerhalten. Grenzen innerhalb derer ausgebeutet, geplündert und ausgerottet werden darf im Namen der Zivilisation, der Menschenrechte, des Wohlstands und Fortschritts. Europäische Herrschaft und Geographie sind seitdem aufs engste verbunden, sind Teil des europäischen Kolonialismus und Imperialismus. Genauso willkürlich wie sich uns die Grenzen der afrikanischen Staaten darstellen, wie Drei- und Vierecke in und durch den Kontinent gezeichnet, genauso willkürlich sind die Grenzen, die die Festung Europa umgeben. Festgelegt, imaginär in die Köpfe eingeschrieben, scheinbar nicht mehr wegzudenken für EuropäerInnen, gleichfalls tödlich für MigrantInnen, im Interesse des europäischen Weltherrschaftsanspruchs in die Erdmassen gehämmert, gefurcht und gezogen.

»Eine Grenze besteht erst dann, wenn jenseits einer Linie eine andere Welt beginnt, ein Zusammenhang von Ideen, Gefühlen und Begeisterungen, die den Fremden überraschen und verwirren. Mit anderen Worten: Was eine Grenze in den Boden gräbt, sind weder Gendarmen und Zöllner noch Kanonen auf Befestigungswällen. Sondern Gefühle, erregte Leidenschaften — und Haß.« (Lucien Febre). Die Entscheidung über den eigenen Auf-

enthaltort ist für BürgerInnen in den Metropolen nahezu eine Selbstverständlichkeit, höchstens ein Geldproblem. Andere Menschen haben existenzielle Gründe ihr Herkunftsland zu verlassen. Sie fliehen vor Verfolgung, Ausbeutung und Krieg. Wieder andere wollen einfach einige Zeit in einem anderen Land verbringen. Gleichgültig wozu und weshalb – bestimmte Grenzen zu passieren, ist für die meisten Menschen dieser Welt heute schwerer denn je. Insbesondere für Frauen.² Die Territorialgrenzen werden zur Zeit ersetzt durch neue Grenzen, die nicht nur als Demarkationslinien zwischen Wohlstand und Armut fungieren: Mobilität und Bewegungsfreiheit sind ein Privileg, das wiederum neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse stiftet. Das Grenzregime besteht nicht mehr aus den herkömmlichen Befestigungsanlagen. Grenzen markieren vor allem Zonen, in denen neue Kontroll- und Überwachungs-

technologien erprobt werden. Grenzen fallen und verschleppen sich: Im Landesinneren und in Drittländern, in Innenstädten und auf überregionalen Verkehrswegen, in Bahnhöfen, Taxen,³ Gaststätten, Computern und Behörden. Das ganze Land ist Grenzgebiet. Die Kontrollen sind überall verdachtsunabhängig und es sind rassistische Gesichtskontrollen.

Um die neuen Grenzen durchzusetzen, schürt die Politik ein Klima der Verunsicherung, das Zustimmung zu den bevölkerungspolitischen Aus- und Einschlußkriterien herbeiführen soll. Grenze beinhaltet heute nicht nur Hochrüstung paramilitärischer Patrouillen und drakonische Strafen für Grenzdelikte, sondern auch Denunziationsappelle, gezieltes Schüren von Ressentiments und in vieler Hinsicht nichts anderes als Gehirnwäsche: Die einst heroische Gestalt des Fluchthelfers wird in der öffentlichen Berichterstattung zum

»Schlepper« oder »Menschenhändler« umgedeutet und zum Staatsfeind Nr.1 erklärt.

Wer nicht EU-BürgerIn ist braucht ein Visum, um in die EU einreisen zu können. Flüchtlinge bedürfen eines erfolgreichen Asylantrags. Bei der Frage, wer »asylwürdig« ist, werden Scheinkriterien aufgestellt, um die Zahl derjenigen, die einreiseberechtigt« sind, klein zu halten. Politische Verfolgung muß demnach vom Staat ausgehen oder zumindest von ihm gebilligt werden, z.B. in Bürgerkriegssituationen besteht nach dieser Logik kein Asylanspruch. Dazu kommt, daß bestimmte Staaten zu »sicheren Herkunftsländern« erklärt werden, in denen politische Verfolgung pauschal nicht denkbar ist. Ein weiteres Kriterium zur Migrationsabwehr ist das bestehen einer »inländischen Fluchtalternative«, auf die Flüchtlinge verwiesen werden, wenn die Verfolgung in verschiedenen Teilen des Her-



»Sofortige Schliessung aller Abschiebeknäste«, Kollektiv gegen Abschiebung.

kunftslandes unterschiedlich intensiv ist. Einen Anspruch auf Asyl haben nur politisch Verfolgte, die diesen Scheinkriterien entsprechen und ihre politische Verfolgung beweisen können. Das sind meist Männer, und auch nur diejenigen, die eine Flucht bezahlen können. Dagegen haben Frauen aufgrund der patriarchalen Gewaltverhältnisse, den ökonomischen und familiären Zwängen in den Herkunftsländern idR keine Gelegenheit nach Europa zu flüchten, und wenn sie nach Europa gelangen, wird ihnen idR kein eigenes Aufenthaltsrecht zugesprochen. Das ist der sexistische Aspekt der rassistischen Asylpolitik. Wenn Frauen es schaffen, in die EU einzureisen, müssen sie sich diese Möglichkeit oftmals damit erkaufen, daß sie sich besonderen sexistischen Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnissen unterordnen (Prostitution, Hausarbeit, Ehe).

Menschen, die vor nicht-staatlicher Verfolgung, vor dem vom Kolonialismus verursachten Hunger und Elend, vor Krieg oder vor Verfolgung wegen des Geschlechtes oder sexueller Orientierung flüchten, werden als »Wirtschaftsflüchtlinge« (O.Schily) herabgewürdigt. Sie haben – nach geltendem Recht – keinen Asylanspruch und haben kaum Möglichkeiten auf legalem Weg in die EU zu gelangen.

Als die Zahl derjenigen, die auch nach den Kriterien der EU-Ausländergesetze asylberechtigt waren wuchs, wurden neuen Kriterien wie z.B. die Drittstaatenregelung geschaffen: Flüchtlinge, die über einen sog. »sicheren Drittstaat« einreisen, werden ohne Asylverfahren sofort zurückgewiesen. Dabei bestimmt die EU selbst, welche Staaten als sichere Drittstaaten gelten. Inzwischen ist die EU von einem fast lückenlosen Netz »sicherer Drittstaaten« umgeben, die im EU-Auftrag die Flüchtlingsabwehr übernehmen. Die Folge ist, daß nur noch ein winziger Bruchteil der Flüchtlinge auf legalem Weg einreisen kann. Die anderen müssen es illegal versuchen. Dieser illegale Status ist mit nahezu völliger Entrechtung und starker Unsicherheit verbunden. Er bedeutet die ständige Angst vor Denunziation und Erpressung, weil die Entdeckung Abschiebehaft oder die sofortige Abschiebung zur Folge hat. Er bedeutet völlige Schutz- und Rechtlosigkeit gegenüber Behörden, Arbeitgebern und Vermietern, aber auch im Falle von Krankheit, Unfällen und Übergriffen. Kinder können keine Schule und keinen Kindergarten besuchen, Jugendliche keine Ausbildung beginnen.

Gelangen Illegalisierte in die Klauen der Auländerbehörden oder werden die Asylanträge der Flüchtlinge abgelehnt, werden sie in

Abschiebehaft gesteckt. Sie werden in Knästen interniert, die mit Mauern und NATO-Draht umzäunt sind. Hunderte Menschen müssen auf engstem Raum unter elenden Bedingungen hausen. Ihrer Freiheit beraubt und gedemütigt werden sie z.T. in Containerlager auf Flughäfen eingepfercht, um sie noch vor ihrer Einreise abschieben zu können. Viele Menschen kostet die Abschottungspolitik der Festung Europa das Leben.

Seit 1945 gebärdet sich der europäische Rassismus nicht mehr nur ausschließlich als Ideologie, die die weltweite Vorherrschaft europäischer Zivilisation, die Höherwertigkeit und Überlegenheit weißer Menschen behauptet. Mit der Herausbildung der Europäischen Union erhält der Rassismus auch eine wahrhaft europäische, geographische und institutionelle Dimension. Heute bestimmen die Grenzen Europas und die gemeinsam abgestimmte Innen- und Sicherheitspolitik europäischer Staaten, wer in den privilegierten Kreis aufgenommen wird und wer nicht, wer dazugehört und wer nicht. Dieses tödliche Regime der Ein- und Ausgrenzung trägt den Namen Schengener Abkommen, die Festung Europa ist eigentlich die Festung Schengen. Das Schengener Abkommen definiert die europäischen Außengrenzen, indem darin festgelegt wird, wer EU-Bürger sein darf und

wer nicht. Es regelt auch die unsichtbaren, besonders für Menschen anderer Hautfarbe bedrohlichen, innereuropäischen Grenzen (Bahnhöfe, Restaurants, Straßen etc.) indem es bestimmt, wer sich frei bewegen darf und wer nicht (z.B. durch die Festlegung und Koordination sogenannter Binnenkontrollen durch (Ausländer-) Polizeien und Bundesgrenzschutz). Antirassistische Politik steht zunehmend vor der Frage, wie auf europäischer Ebene agiert und interveniert werden kann.

Seit 1993 sind dem Grenzregime und der EU-Abschiebemaschinerie mehrere tausend Menschen zum Opfer gefallen. Schengen ist also um Größenordnungen tödlicher als es z.B. die innerdeutsche Grenze war. Viele Flüchtlinge ertranken bei der versuchten »illegalen« Einreise. Andere wurden bei ihrer gewaltsamen Abschiebung von Schergen der Ausländerbehörden oder nach der Abschiebung im Herkunftsland ermordet oder gefoltert. (Staats-)Grenzen müssen überwunden werden. Die Herrschenden haben kein Recht zu bestimmen, wer wohin reisen und wer wo leben darf. Wir müssen gemeinsam für offene Grenzen und für die Abschaffung aller Ausländergesetze kämpfen.

Wir sind uns bewußt, daß wir als EU-BürgerInnen das Recht zum Reisen innerhalb der EU haben. Wir begreifen

den Kampf für offene Grenzen nicht als humanitäre oder juristische Frage. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik. Migration ist Folge eines globalen Herrschaftsverhältnisses, das sowohl in den Metropolen als auch in einer wesentlich verschärften Form im Trikont existiert. Wir als weiße Männer und Frauen der Metropole profitieren von der Ausbeutung im Trikont. Die bestehenden Herrschaftsverhältnisse machen jedoch auch vor uns nicht halt, je nachdem zu welchem Grad wir von rassistischer, patriarchaler und ökonomischer Gewalt betroffen sind. Die Solidarität mit Flüchtlingen ist Unterstützung im Kampf gegen die Strukturen, die auch unser Leben auf unterschiedliche Weise beherrschen.

Was soll ein Gratiszug beim Kampf für offene Grenzen bezwecken ?

Mit der Idee, einen Zug aus der BRD zu besetzen, der uns zum nächsten EU-Gipfel nach Paris bringen soll, planen wir den »illegalen« Grenzübertritt. Der Gratiszug soll (auch) als Symbol für antirassistische Solidarität stehen. Eine Mitfahrt Illegalisierter ist angesichts der wahrscheinlichen Konfrontation mit dem Grenzregime, die eine solche Zugbesetzung mit sich bringt, problematisch. Ob eine Fahrt ohne Passkon-

trolle möglich ist, hängt davon ab, welche Stärke wir entwickeln können. Auf jeden Fall wird die Aktion einen symbolischen Charakter haben. An dem Zug können Transparente befestigt werden. Die Bahnhöfe, an denen der Zug während der Fahrt nach Paris hält, können als Raum genutzt werden, um gegen die rassistische Flüchtlingspolitik des Grenzregimes zu mobilisieren und unsichtbare Grenzen sichtbar zu machen. Die Kolonialpolitik, imperialistische Kriege (wie bspw. auf dem Balkan) der EU-Staaten und der Kapitalismus an sich sollen als Verursacher von Migrationsbewegungen benannt werden. Die Sichtbarmachung der rassistischen Grenzen im Innern Europas, die für Illegalisierte und ImmigrantInnen tödliche, und für die weisse »Mehrheits«gesellschaft unsichtbare Grenzen sind, soll das Bewusstsein für einen alltäglichen Antirassismus schärfen. Die Besetzung des öffentlichen Raums – in diesem Fall der Bahnhöfe – mit antirassistischen Inhalten ist grundlegend dafür, dass sich viele Menschen über den alltäglichen Rassismus bewusst werden und gegen Razzien in Restaurants, rassistischen Gesichtskontrollen und Festnahmen in Bahnhöfen oder Abschiebungen den Mut entwickeln, zu handeln. Der Gratiszug mit seiner symbolischen antirassistischen Ausrichtung soll dazu beitra-

gen, den öffentlichen Raum für einen alltäglichen Antirassismus zu erobern und die inneren (unsichtbaren) und äusseren Grenzen des Europas der Herrschenden sichtbar zu machen.

Schluss:

Im Herbst wird es in Europa **zwei Kristallisationspunkte** der Mobilisierung sozialer Bewegungen gegen herrschende Institutionen geben. Zum ersten der EU-Gipfel in **Nizza am 7./8. Dezember**. Zum zweiten das jährliche **IWF und Weltbank Treffen vom 26.-28. September** in Prag.⁴ Beide Ereignisse halten wir für wichtige Kristallisationspunkte einer internationalen Mobilisierung. Wir rufen auf, auf beide Ereignisse zu mobilisieren. Wie wärs mit einem Gratiszug nach Prag und nach Paris?

Wir rufen alle Gruppen, Assoziationen, Kollektive, basisorientierte AktivistInnen und interessierte Einzelpersonen auf, die Möglichkeit des Gratiszuges zu diskutieren und sich an Gratiszugaktionen im Herbst zu beteiligen. Wir wollen eine öffentliche und breite Diskussion und Mobilisierung um politischen Druck zu entwickeln und das Konzept des Gratisleben zu verbreiten. Wir wollen das Bewusstsein für eine internationale Dimension des Kampfes um Frieden, Rechte und Selbstbestimmung, und gegen Ausbeutung und

Herrschaft schärfen. Wir wollen, wie unsere GenossInnen in Frankreich und Italien versuchen den Gratiszug auch zu nutzen um der Festung Europa ein Schnipchen zu schlagen. Wenn wir die Stärke entwickeln können, sollen sich bereits im Herbst Menschen ohne Papiere an der Aktion beteiligen. Es wäre auch denkbar, einen 'illegalen' Grenzübertritt der Oder-Grenze zu organisieren und dabei das Grenzregime mit seinen mörderischen Auswirkungen zu demaskieren. Wenn wir nach Paris fahren, könnten wir uns in Brüssel mit AktivistInnen aus den Niederlanden und Belgien treffen, Menschen aus Süddeutschland könnten sich mit AktivistInnen aus Tschechien, der Schweiz und Österreich zusammentun. Wir gehen davon aus, dass wir erfolgreich sein können, wenn wir eine Dimension der Mobilisierung schaffen, in der wenige tausend Menschen involviert sind! Das Beispiel der Atomtransporte zeigt, dass das Bahnsystem sehr anfällig ist. Auch wenn wir es letztendlich nicht schaffen werden in Paris oder Prag anzukommen, sehen wir dennoch vielfältige Aktionsmöglichkeiten, wie etwa die Besetzung von Bahnhöfen, wie es etwa in Frankreich geschehen ist (vgl. Frankreich I). So können sich auch Menschen an der Aktion beteiligen, die nicht mitfahren wollen

Anmerkungen:

- 1 Die Ausserparlamentarische Opposition (APO) steht für uns für eine neue Form des politischen Handelns. Mit der APO kamen die neuen sozialen Bewegungen auf (z.B. Anti-AKW-, Friedens- oder Frauenbewegung). Es wurde nicht mehr versucht, über die traditionellen politischen Institutionen (z.B. das Parlament) Einfluss zu nehmen, sondern das Handeln war von direkten Aktionen geprägt. Dieses Verständnis des politischen Handelns entwickelte sich mit der APO in den 60er Jahren.
- 2 Vgl. dazu die Broschüre der Vorbereitungsgruppe zur Demo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss: »No Borders« über den Infoladen Anschlag in Bielefeld erhältlich (vgl. unsere Adresse)
- 3 Solidarische Grüße an die TaxifahrerInnen im Landkreis Löbau-Zittau, die auch nach staatlichem Kriminalisierungsdrohungen weiterhin MigrantInnen beförderten und deswegen zu Haftstrafen verurteilt wurden.
- 4 Mehr Infos: A SEED Europe / PO Box 92066 / 1090 AB Amsterdam / Netherlands / tel: 31-20-668-2236 / fax: 31-20-468 2275 / e-mail: aseedeur@antenna.nl / <http://www.antenna.nl/aseed>

Literaturverzeichnis:

Wir haben uns bei der Erstellung der Broschüre von folgender Literatur inspirieren lassen:

- Antifa AG der Uni Hannover:** Die Linke und Maastricht
Cross the border: kein mensch ist illegal (Ein Handbuch zu einer Kampagne)
Bourdieu, Pierre: Das soziale Europa; in: Le Monde Diplomatique 6/1999
Deutsche Bahn Reise & Touristik (Hg.): Interrail – Grenzenloses Reisen in Europa für alle!; Faltblatt, Frankfurt 1999
Ende, Michael: Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer
Febré, Lucien: Die Geschichte des Rheins
Gottwald, Gaby: Solidaritätsarbeit mit Zentralamerika: Konsequenzen für die politische Arbeit hier. In: Das fünfhundertjährige Reich; Bruni Höfer u.a. (Hg.), 1990
Gruppe Landfriedensbruch: Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen..., Seesen 1999
Haraway, Donna: Ein Manifest für Cyborgs, Frankfurt 1995
Huidobro, Fernández: Mit neuen Augen, Hamburg 1992
ID Archiv: Die Früchte des Zorns
JungdemokratInnen/Junge Linke: Kein Mensch ist illegal (Handbuch)
Klaß, Jutta/ Wolf, Winfried: Die Festung Europa, Köln 1994
Le Lundi au soleil – Texte der Arbeitslosenbewegung, Frankreich 1998
Neuss-Demo-Vorbereitungsgruppe: No Borders!, Bielefeld 1999
Roth, Karl Heinz: Wiederkehr der Proletarität
Trenkle, Norbert u.a. (Hg.): 11 Attacken gegen die Arbeit, Hamburg 1999
Unrast Kollektiv: Europa 1993, Der große Zauber, Münster 1992
Zeitungen und Flugblätter der Kampagne: „Kein Mensch ist illegal“
Zelik, Raul: Freizeitdress, in: Hilfe No. 5, München 1998



Übersetzungen zur bisherigen Praxis der 'Gratiszüge' aus Frankreich, den Niederlanden und Italien

Die folgenden Erklärungen, Aufrufe und Flugblätter entstammen der französischen Zeitung 'No Pasaran'. Hinter der Zeitung und dem Namen 'No Pasaran' verbirgt sich ein Zusammenschluß verschiedener autonom-antifaschistischer Gruppen in Frankreich. 'No Pasaran' beteiligt sich seit Jahren an den anti-rassistischen Kämpfen der 'Sans-Papiers', an den antifaschistischen Kämpfen gegen den 'Front National', an den antikapitalistischen Kämpfen der Ausgegrenzten und Arbeitslosen. Darüber hinaus gibt es seit Jahren das Bemühen um die europaweite Vernetzung antifaschistischer und anti-rassistischer Gruppen und Zusammenhänge. Der holländische Text stammt aus der Zeitung 'Ravage'.

Die übersetzten Texte spiegeln inhaltlich in ihrer Gänze nicht immer unsere eigenen Positionen und Einschätzungen wider. Mit einigen Aspekten, wie der Bezug auf parlamentarische Politikformen und 'bürgerliche' Rechte wie ihn die italienischen und französischen GenossInnen politisch und taktisch einsetzen, haben wir Schwierigkeiten und sind geteilter Meinung. Eine Diskussion steht noch aus. Dies sei noch vorausgeschickt.

Überblick über uns bekannte Gratiszugaktionen

1997: 1500 Menschen aus Italien setzten einen Gratiszug zum EU-Gipfel in Amsterdam durch.

März 1999: 3000 Menschen aus Italien und Albanien wurden mit ihrem Gratiszug an der italienisch-französischen Grenze gestoppt. Die Leute wollten zu einer europaweiten antirassistischen Demonstration nach Paris reisen.

Mai 1999: 80 Menschen aus den Niederlanden wollten einen Gratiszug von Amsterdam zum EU-Gipfel (Euromarschdemo) in Köln durchsetzen. Sie kamen bis nach Emmerich (D).

Gleichzeitig: Eine größere Anzahl von Leuten hat versucht, einen Zug von London nach Köln durchzusetzen. Sie kamen nicht in den Bahnhof.

Gleichzeitig: 1200 Menschen haben einen Gratiszug aus verschiedenen Orten in Frankreich nach Köln durchgesetzt.

Februar 2000: 200 Antifas aus Paris haben versucht, einen Gratiszug nach Wien durchzusetzen. Nur 50 kamen in den Zug und wurden noch im Bahnhof aus dem Zug geräumt.

In dem Text, der unter dem Titel *BEWEGEN WIR UNS!* abgedruckt ist (S. 29), heißt es außerdem, daß in Frankreich seit 1997 Gratiszug-Aktionen stattfinden und daß es Gratiszüge zum EU-Gipfel in Luxemburg (1998?) und zur Demo gegen die FN in Straßburg gab. Weiter werden Gratiszug-Planungen in Griechenland und Spanien für den Kölner Gipfel erwähnt.

Genauerer wissen wir nur über den zweiten Gratiszug aus Italien, die Gratiszüge aus Frankreich und den Niederlanden nach Köln und den Zug nach Wien.

Italien

Auffällig erscheint uns: Eine Delegation von 40 AlbanerInnen wurde in Valona (Albanien) abgeholt. Es gab zahlreiche Abfahrtsorte, darunter zwei hervorgehobene, Brindisi als Verbindungsort zu Albanien und Triest an der slowenischen Grenze. Die Aktion wurde von einem sehr breiten Bündnis unterstützt. U.a. wurden auch Abgeordnete des Europaparlaments eingebunden. So kamen z.B. die AlbanerInnen mit Sonder-Visa nach Italien. Als der Zug an der französischen Grenze nicht weiter kam, wurden in Frankreich 10 Bahnhöfe besetzt.

Niederlande

Diese Aktion war mit 80 TeilnehmerInnen die kleinste. Interessant ist hier, daß vorab ein Zug ausgewählt wurde, in den die Aktivisten dann unterwegs zugestiegen sind. Außerdem wird deutlich, daß die Gefahr besteht, daß besetzte Waggons einfach abgehängt werden. Andererseits zeigt die Aktion aber auch, daß Gleisblockaden ein gutes Druckmittel sein können.

Frankreich

Zuerst: Diese Aktion war erfolgreich. Außerdem ist bemerkenswert, daß es mehrere Abfahrtsorte entlang einer Route quer durch Frankreich nach Köln gab. Zumindest in Nantes gab es eine regionale Auftakt demonstration zum Bahnhof. Und es wurde ein Jahr lang öffentlich mobilisiert. Dabei wurde auch mit linken Gewerkschaften zusammengearbeitet.

Von Paris nach Wien

Diese Aktion war anscheinend eher spontan, mit nur 200 TeilnehmerInnen, und wurde in einer direkten Konfrontation mit der Polizei beendet.

Italien I

Flugblatt von den Gruppen 'Movimento delle tute bianche - Gli invisibili', 'Associazione Ya Basta' und 'Centri Sociali della Carta di Milano' aus Italien vom 10. Februar 1999. Aufruf für einen Gratiszug nach Paris zu einer Demonstration anlässlich des dritten Jahrestages der Besetzung der 'Saint-Bernard'-Kirche durch die Sans-Papiers

(aus: No Pasaran 65, März 1999)

Gegen das rassistische Europa am 27. März 1999 in Paris

Ein Zug in freier Fahrt!

Am 27. März besteht die Möglichkeit einer großen europäischen Mobilisierung, um die Abschaffung der Flüchtlingspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu fordern.

Wir möchten daran erinnern, daß in Frankreich, am 27. März vor drei Jahren die Bewegung und der Kampf der Sans-Papiers all diejenigen im öffentlichen und sozialen Raum sichtbar gemacht hat, die von rassistischer Ausgrenzung und rassistischen Gesetzen betroffen sind. Der Kampf der Sans-Papiers hat eine große politische Ausstrahlungskraft entfaltet und viele Menschen dazu ermutigt, sich in Solidaritätsgruppen und ande-

ren Bereichen des politischen Kampfes zusammenzufinden.

Der 27. März steht auch stellvertretend für alle politischen Initiativen und Gruppen auf europäischer Ebene, die sich an den europäischen Aktionstagen vom 24. Oktober 1998 und 23. Januar 1999 beteiligten und die diesen Weg weitergehen wollen mit den Forderungen:

- Sofortige Schließung aller Abschiebeknäste und -lager!
- Legalisierung aller Sans-Papiers!
- Recht auf Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Wohnorts für ImmigrantInnen!
- Rückkehr aller Abgeschobenen und sofortige Abschaffung der doppelten Strafe!¹

Die Demonstration am 27. März soll desweiteren unser Beitrag zu dem internationalen Tag gegen Ausgrenzung sein, den die Zapatisten ausgerufen haben, um den Widerstand aller zum Ausdruck zu bringen, die gegen den Neo-Liberalismus kämpfen. In diesem Kampf streiten wir für ein Europa, in dem die Menschenrechte, die Solidarität, die Zusammenarbeit der Menschen, die soziale Gerechtigkeit und der Respekt für die Natur nicht nur leere Worthülsen sind, sondern praktisch, entschlossen und direkt umgesetzt werden.

Der 27. März soll symbolisch dafür stehen, daß ein

für alle mal Schluß damit ist, daß wir die Entscheidungen, die für die menschlichen Gesellschaften wichtig sind, an Funktionäre und Abgeordnete delegieren und daß die nächsten Europawahlen unsere Forderungen zum Ausdruck bringen müssen.

All das wollen wir am 27. März in Paris auf einer europäischen Demonstration zum Ausdruck bringen und fordern. Wir laden alle, die sich in unseren Forderungen und Zielen wiedererkennen, Kollektive, Assoziationen und Gruppenzusammenhänge, dazu ein, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Was uns, die 'Movimento delle tute bianche - Gli invisibili' betrifft, so wollen wir zu dieser europäischen Mobilisierung einen besonderen Beitrag leisten. Ausgehend von zahlreichen italienischen Städten werden wir Züge besetzen, die uns ohne zu bezahlen nach Ventimiglia, dem letzten italienischen Bahnhof vor der französischen Grenze, bringen sollen. Unseren Zielort Paris werden wir dann, auch ohne nach der Grenze zu bezahlen und ohne den Behörden unsere Papiere und Personalausweise zu zeigen, erreichen.

Zwei besondere Abfahrtsorte (Valona und Triest) wurden von uns ausgewählt, die einen hohen, politischen Symbolwert im Kampf gegen das Schengener Abkommen haben:

- 1) So wollen wir in Valona

(Albanien) ein Boot chartern, das eine Delegation der albanischen Zivilgesellschaft², ohne ein Visum vorzulegen, nach Brindisi (Italien) bringen wird. Ab Brindisi werden wir einen Zug besetzen, mit dem wir gemeinsam mit den AlbanerInnen nach Ventimiglia fahren werden.

Dieser illegale, solidarische Grenzübertritt wird uns die Gelegenheit geben, den im Dezember 1998 während unserer Reise nach Valona (Albanien) geschlossenen Solidaritätspakt in die Tat umzusetzen. Unsere Delegation nach Valona kann desweiteren dazu beitragen, daß die aktuelle, dramatische Situation in den Balkan-

Ländern in Europa bekannter wird und öffentlichkeitswirksam zu fordern, daß in Albanien ein Aufnahme- und Informationszentrum für albanische Flüchtlinge, die nach Italien möchten, geschaffen wird. Unserer Vorstellung nach, soll dieses Zentrum von der EU finanziert werden und von lokalen, albanischen sowie von unabhängigen, europäischen Gruppen und Assoziationen geschaffen und selbstverwaltet werden. Dem Zentrum soll die Aufgabe zukommen, allen MigrantInnen und Flüchtlingen, die es wünschen, die Einreise nach Italien, also nach Schengen-Europa, zu ermöglichen. Es

soll darüberhinaus verhindern, daß die Flüchtlinge in die Hände von denjenigen mafiösen Organisationen fallen, die bislang Flucht der albanischen Menschen über den 'Otranto-Kanal' (Meeresarm, der Valona von der italienischen Küste trennt) organisieren.

2) Der zweite besondere, symbolträchtige Abfahrtsort wird Triest sein, das sich an der italienisch-slowenischen Grenze befindet und eine der 'neuen' Mauern der Festung Europa darstellt. In diesem Gratiszug werden, zusammen mit vielen anderen, vor allem Flüchtlinge mit laufendem Aufnahmeverfahren und Kriegsflüchtlinge aus Ex-Yugoslawien mitfahren.

Unsere Aktionen sollen, wie schon oft in der Vergangenheit, deutlich machen, daß die freie Wahl des Wohnorts, die Bewegungsfreiheit und ein Existenzgeld für alle, egal welcher Herkunft, welchen Alters und welchen Geschlechts, zu den Menschenrechten gehört.

Wir laden alle diejenigen (insbesondere die, die aus Süd-Ostfrankreich kommen), die sich mit dieser Aktionsform identifizieren können, dazu ein, am Freitag den 26. März um 20 Uhr in Ventimiglia in den 'Zug der freien Fahrt' einzusteigen und mit uns nach Paris zu fahren. Übrigens werden wir einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments ansprechen, damit sie sich am Ende der



Europa in Reih' und Glied auf dem Weg zur militärischen Grossmacht.

Demonstration mit der albanischen Delegation und anderen Gruppen und Assoziationen treffen. Nachdem sie sich die unterschiedlichen Forderungen angehört haben, sollen sie dafür sorgen, daß im Europaparlament in Straßburg eine Debatte stattfindet, die die radikale Abkehr von den Schengener Verträgen zum Inhalt hat. Wir werden alles uns mögliche daran setzen, daß unsere Initiative in Italien von einem großen Bündnis getragen wird, von verschiedenen Organisationen, Assoziationen, Kollektiven und all jenen, die sich der Schengen-Logik, dem Neo-Liberalismus und der Ausgrenzung widersetzen und sich für die Menschenrechte einsetzen.

Italien II

Erklärung der Gruppen 'Movimento delle tute bianche - Gli invisibili', 'Associazione Ya Basta' und 'Centri Sociali della Carta di Milano' am Morgen des 27. März 1999, nachdem der Gratiszug an der italienisch-französischen Grenze von der französischen Polizei und der Fremdenlegion gestoppt wurde. Die Erklärung wurde auf der Demonstration als Grußadresse verlesen (aus: No Pasaran 66, April 1999)

Das Europa des Krieges hat die Grenzen für die Zivilgesellschaft und die Solidarität geschlossen

Wir können uns nicht genug darüber wundern, daß die französischen Behörden die etwa 3000 Männer und Frauen nicht über die Grenze bei Ventimiglia gelassen haben, um mit den anderen europäischen Bürgern zusammenzukommen, die heute für ein Europa der Menschenrechte, das Existenzrecht und die Menschlichkeit demonstrieren werden. Mit uns zusammen nahmen mehrere Delegationen von Sans-Papiers und 40 AlbanerInnen an dem Gratiszug teil; die AlbanerInnen kamen aus Valona und hatten ein offizielles, spezielles Visum der italienischen Regierung ausgestellt bekommen. Nach mehreren Kilometern zu Fuß und unter ständigem Regen erwartete uns eine Wand aus Stacheldraht und der französischen Fremdenlegion gegenüber. So konnten wir an unserer eigenen Haut erfahren, was es bedeutet, in der Festung Europa 'illegal' und 'unerwünscht' zu sein; ein Europa, das für den freien Verkehr von Waren und Kapital offen, für die Bewegungsfreiheit von Menschen jedoch geschlossen ist. 'Wir müssen Europa beitreten'. Das hat man uns all die Jahre immer wieder eingeflößt. Aber, entschuldigen Sie mal,

warum mußten wir der EU beitreten? Um zu akzeptieren, daß wir immer mehr wirtschaftliche Einschnitte hinnehmen müssen? Um eine neue Währung zu haben, während viele Menschen immer größere Schwierigkeiten haben werden, überhaupt Geld in der Tasche zu haben? Um in einer Festung Europa zu leben, die, umgeben von einem 'neuen' eisernen Vorhang, verhindert, daß diejenigen, die nicht das Glück hatten auf dem Boden der EU geboren zu sein, in das reiche Europa kommen können. Ein Europa, das neue Gefängnisse baut, um die einzusperren, deren Verbrechen darin besteht, in den Gültigkeitsbereich des Schengener Abkommens gekommen zu sein? Um zu akzeptieren, daß tausende von Menschen als 'Illegale' deklariert werden, gezwungen sind, mit der permanenten Angst vor ihrer Verhaftung und Abschiebung zu leben und die als Menschenmaterial prekären und illegalen Arbeitverhältnissen ausgeliefert sind? Um ein Teil desjenigen, herabwürdigenden Europas zu sein, das Öcalan und das kurdische Volk an das diktatorische und barbarische türkische Regime ausliefert, um sich einige Rüstungsgeschäfte nicht durch die Lappen gehen zu lassen? Um dem amerikanischen Bombardement Yougoslawiens beizuwohnen, das von den euro-

päischen Regierungen unterstützt wird, die ihrerseits völlig unfähig sind, eine Außenpolitik zu realisieren, die auf internationale Zusammenarbeit und den Frieden setzt? Um sich gegenseitig zu bestätigen, daß diese Bombardierungen humanitär sind, daß sie den Frieden in den Balkan-Ländern bringen werden und das die NATO das geeignete Mittel zur Kontrolle und den reibungslosen Ablauf der Globalisierung ist? Und nachdem die NATO alles kaputtgebombt hat, was werden die Herren 'Zauberlehrlinge' der amerikanischen und europäischen Außenpolitik in den Balkan-Ländern anrichten? Was werden Sie mit den Bevölkerungen machen, die vor den Bomben nach Europa flüchten? Neue Abschiebelager und -knäste bauen? Charterflüge buchen, um sie abzuschicken und zu zwingen, in ihren verwüsteten Städten zu leben? Dieses Europa, ihr

Herren Regierenden, wollen wir nicht, wir bekämpfen es sogar und fordern alle europäischen BürgerInnen dazu auf, ungehorsam zu sein. Heute sind wir mit unserem ganzen Herzen an eurer Seite in Paris, zusammen im Kampf für die europaweite Legalisierung der Sans-Papiers und ihre Bewegungsfreiheit. Das Herz Europas darf nicht im Rythmus der Bomben schlagen, sondern im Gegenteil im Takt der Solidarität, der Gerechtigkeit, des Friedens, der Gleichheit und der Freiheit.

Frankreich I

Auszüge aus einem Bericht eines Mitglieds des antifaschistischen Gruppenzusammenhangs 'No Pasaran' aus Marseille, der über die Verhinderung des Gratiszuges an der italienisch-französischen Grenze und die Demonstration am 27. März in Paris berichtet

(aus: No Pasaran 66, April 1999)

Jospin's Knüppel gegen das Recht auf Bewegungsfreiheit

Freitag, 26. März, 12.30 Uhr, am St. Charles Bahnhof in Marseille. Mehrere französische AktivistInnen, insbesondere von 'No Pasaran' und 'AC !«³, treffen sich, um sich in einem Gratiszug auf den Weg nach Ventimiglia zu machen. Dort wollen sie sich an der Aktion der italienischen Gruppen 'Movimento delle tute bianche - Gli invisibili', 'Associazione Ya Basta' und 'Centri Sociali della Carta di Milano' beteiligen (...). Diese hatten geplant, zusammen mit einigen Sans-Papiers die italienisch-französische Grenze zu überqueren, ohne ihre Ausweispapiere vorzuzeigen. Kurz nach der Ankunft im Bahnhof von Menton, bekamen wir eine erste Vorstellung davon, was uns erwartete. Drei Hundertschaften der 'CRS'⁴ sind aufmarschiert und kontrollieren alle Züge, die aus Italien kommen. (...) Nachdem wir die italienische Grenze überschritten hatten, wurden wir von mehr als tausend Menschen sehr herzlich in Empfang genommen. Seit 8 Uhr morgens sind sie nach und nach eingetrudelt, unter ihnen eine albanische Delegation aus Valona. In der Folgezeit kamen noch mehr als 2500 Menschen aus



»Reisetickets für lau! Ein Gratiszug nach Köln«: Besetzung einer SNCF-Filiale in Nantes am 16.3.1999.

Venedig, Mailand und Genua hinzu.

Seit Beginn des Tages gab es Verhandlungen mit der französischen Regierung, die forderte, daß 3500 Menschen ihre Ausweispapiere zeigen sollten und versprach, die sich unter ihnen befindlichen Sans-Papiers ohne größeren Aufhebens nach Italien zurückzuschicken. Einige kommunistische und grüne Abgeordnete haben sich mit Chevènement⁵ getroffen, konnten ihn aber nicht umstimmen. Während die italienische Regierung sich noch dazu entschieden hatte, die notwendigen Wagons bereitzustellen, verweigerte die SNCF⁶, die anscheinend abhängig von der Entscheidung des französischen Verkehrsminister Gayssot, Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), ist, die Bereitstellung von Lokomotiven.

Nachdem wir begriffen hatten, daß die Situation festgefahren war, entschieden sich die AktivistInnen von 'AC !', 'No Pasaran' und der 'CNT'⁷ in anderen Städten dazu, mehr als zehn Bahnhöfe in Frankreich zu blockieren (Bordeaux, Tarbes, Caen, Reims, Lyon, Paris...). Zur gleichen Zeit versuchten wir in Italien, die 9 Kilometer entfernte Grenze zu Fuß im Dauerregen zu überqueren. Eine Demonstration von 3500 Menschen, darunter etwa 150 Sans-Papiers (Kurden, Kosovaren, AlbanerInnen) setzte sich

um 21 Uhr in den Straßen Ventimiglia's in Bewegung. (...)

An dem Grenzposten St. Ludovic angekommen, wurden wir von 1000 Polizisten erwartet, die bereit waren, uns am Grenzübertritt zu hindern. Angesichts dieser wenig erfolgreich anmutenden Situation, die Polizei war auf einer Breite von 80 Metern zwischen dem Meer und einer Felsschlucht aufmarschiert, war es unmöglich, die Grenze zu überwinden. Nach 3 Stunden des Gegenüberstehens, ständig darauf wartend, daß uns andere französische Organisationen unterstützen (Kommunistische Partei und Gewerkschaften, die Grünen, einige trotzkistische Parteien und Organisationen ...) und ihr Gewicht in die Waagschale werfen würden.... auf der anderen Seite die 'CRS', die es etwa 50 Faschisten der 'FN'⁸ gestattete, Flugblätter für die Schließung der Grenzen zu verteilen, mußten wir aufgeben und machten uns auf den Rückweg. Wir (die französischen Teilnehmer) bestiegen in Ventimiglia den Zug, um am folgenden Tag an der Demonstration in Paris teilnehmen zu können.

In Paris, am 'Place d'Italie' waren 10000 Menschen versammelt, darunter etwas 1000 Sans-Papiers aus Frankreich und aus Belgien (...) sowie Menschen aus Holland, Griechenland, Spanien, Deutschland und Italien. Alle standen hinter dem

großen Anfangstransparent der Demonstration: Weder Aufnahmekriterien, noch Quoten, Legalisierung aller Sans-Papiers durch eine 100-Jahre-Karte, Bewegungsfreiheit und Recht auf freie Wahl des Wohnorts! Am Ende der Demonstration, am Bahnhof Montparnasse, ging der Aufruf unter der Menge rum, daß am 'Place des Invalides' (direkt gegenüber vom Außen- und Europa-ministerium) eine Filiale von 'Air France' besetzt werden sollte, um die Beteiligung von öffentlichen und privaten Unternehmen an der Abschiebemaschinerie zu denunzieren. Die Polizei reagierte sehr schnell und sehr hart, nahm 500 Leute fest und verletzte 4 Menschen. Etwa 300, die zu spät zu der 'Air France'-Filiale kamen, unterstützten sie von draussen. Die Verhafteten wurde auf zwei verschiedene Dienststellen gebracht und wurden nach und nach am Abend freigelassen. (...)

Am Sonntag fand an der Arbeitsbörse von St.Denis ein Treffen aller europäischen TeilnehmerInnen der Demonstration statt, um zu versuchen, eine Struktur gegen die Flüchtlingspolitik der EU aufzubauen (...) Eine Menge Adressen wurden ausgetauscht, Kontakt geknüpft, damit die künftigen europäischen Aktionstage gegen Abschiebeknäste und -lager effektiver werden und an Wichtigkeit gewinnen. Wir alle sind Illegalisierte!

Frankreich II

Auszüge aus einem 'zentralen' Mobilisierungsflugblatt für den Gratiszug von Frankreich nach Köln zur Euromarsch-Demonstration am 29.5.1999

(aus: No Pasaran 67, Mai 1999)

Ein Gratiszug nach Köln

Verschiedene Gruppen und Initiativen in ganz Frankreich bereiten sich zur Zeit auf den EU und G 7 – Gipfel vor. Ob es sich um die Euromarschstruktur, oder die verschiedenen Kollektive der Initiative 'Ein Gratiszug nach Köln' handelt; das Ziel dieser Initiativen besteht nicht nur in der Mobilisierung für die Demonstration am 29. Mai, sondern vor allem darin, die Arbeitslosen und die Prekären mit ihren Forderungen zu unterstützen. (...)

In mehreren Städten (Nantes, Paris, Angers, Tours....) arbeiten seit einiger Zeit verschiedene Kollektive daran, Gratiszüge nach Köln zu organisieren.

Im Westen wurde ein Aufruf gestartet, den verschiedene Kollektive und Assoziationen unterzeichnet haben und der eine regionale Auftaktdemonstration am 28. Mai in Nantes bekannt gibt. Diese Demonstration soll die 'Gratisreisenden' bis zum Bahnhof und bis zu ihrer Abfahrt begleiten. (...)

Ausgehend vom Süd-Westen wird es einen Gratiszug

nach Brüssel geben. Ansprechpartner sind 'AC !' und 'SUD'⁹ (...), die von Pau aus abfahren wollen, nachdem sie sich mit den Euromarschierern aus dem Norden Spaniens zusammengefunden haben. Auch von Bordeaux aus fährt ein Gratiszug zur Demonstration am 29. Mai. (...)

Frankreich III

Aufruf verschiedener Gruppen 'Collectif Un Train Gratuit pour Cologne, Nantes', 'Collectif Un Train Gratuit pour Cologne, Angers', 'SOS Chômeurs, Cholet', 'Mouvement des chômeurs, précaires, exclus en lutte, Rennes' und 'No Pasaran, Niort' für einen Gratiszug von Nantes über Paris nach Köln (aus: No Pasaran 67, Mai 1999)

Wir wollen auf unsere zeh'n Rechte pochen können!

Die Forderung nach einem Recht auf öffentliche Beförderung, ohne zu bezahlen, steht für mehr. Sie zielt auf die kostenlose Sicherung der Bedürfnisse aller Menschen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer Nationalität, und auf die Respektierung dieser Bedürfnisse: das Recht auf Wohnung, das Recht auf Bildung, das Recht auf Energieversorgung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf öffentliche Beförderung, das

Recht auf Freizeit, das Recht auf Kultur, das Recht auf freie Berufswahl, das Recht auf Ausbildung, das Recht auf ein nicht an Arbeit gekoppeltes Existenzgeld etc.

Für einen Gratiszug zu mobilisieren bedeutet zu zeigen, daß wir unsere eigene Sache in die Hände nehmen und daß niemand unsere Sache vertreten kann, außer wir selbst. Wir werden nicht mehr 'unsichtbar' sein, die Entwicklung hin zu immer schlechteren und prekären Lebensbedingungen verlangt nach einer radikalen Veränderung der gesellschaftlichen Eigentumsstruktur und der Umverteilung der gesellschaftlichen Reichtümer, die wir, und nur wir produzieren.

Für die Bewegungsfreiheit in ganz Europa werden Gratiszüge organisiert. Diese Initiativen bestehen auf dem Recht, uns kostenlos an der Demonstration am 29. Mai in Köln beteiligen zu können. Mit oder ohne Geld, die Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln ist ein Recht. Die Gratiszüge, die sich auf Köln hinbewegen werden, sind auch Züge, die die Grenzen herunterreißen. Die Verstärkung der Außenmauern der Festung Europa verschärft das Elend der Menschen im Süden und in Osteuropa, ohne daß die wirtschaftliche Ausbeutungsrolle der EU infragegestellt wird. Wir werden deshalb nicht nur ohne Fahrkarte nach Köln reisen, son-

dern auch ohne Ausweispapiere. Damit wollen wir unsere Solidarität mit allen Nicht-EU-BürgerInnen zum Ausdruck bringen.

Den Reichtum umverteilen, das Elend bekämpfen!

Frankreich IV

Auszüge aus einem Flugblatt des antifaschistischen Gruppensammenhangs 'No Pasaran' zum Gratiszug

entscheiden: die Gipfel der EU und der G 8 werden beide im Juni in Köln stattfinden. Der EU-Gipfel wird die Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die Abschottung der Festung Europa gegen Flüchtlinge diskutieren, während sich auf dem G 8-Gipfel darüber gestritten werden wird, wie die Welt, ihre Reichtümer und ihre Bevölkerungen am Besten aufgeteilt und ausge-

durch eine neue Form der Praxis mit der vernichtend-ausschweifenden Logik der Herrschenden zu brechen und einen neuen Weg der politischen Auseinandersetzung und Praxis zu gehen. (...)

Schafft 1, 2, 3, 4, viele Gratiszüge

Um der neuen Weltordnung zu widerstehen, müssen wir



Paris, 27. März 1999; »Weder Aufnahmekriterien, noch Quoten – Legalisierung aller Sans Papiers durch eine 100-Jahre-Aufenthaltskarte. Für Bewegungsfreiheit und das Recht auf freie Wahl des Aufenthalts- und Wohnortes.

nach Köln und zur Euro-marsch-Demonstration am 29.5.1999

(aus: No Pasaran 67, Mai 1999)

••••• Bewegen wir uns!

Während des gesamten Monats, werden sich im Juni in Köln die selbsternannten Herrscher der Welt treffen, um über unsere Leben zu

beutet werden kann. (...)

Wir werden es nicht zulassen, daß der Kapitalismus die Erde und die Menschheit vernichtet. Wir kämpfen für die Selbstbestimmung, dafür, daß die Kontrolle über unser eigenes Leben wieder in unseren eigenen Händen liegt. Der Schritt, ohne zu bezahlen und ohne Ausweispapiere nach Köln zu fahren, gibt uns die Möglichkeit,

unsere Forderungen in die Praxis umsetzen. Die Forderung nach kostenloser Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln und die Bewegungsfreiheit müssen durch- und umgesetzt werden. Wir wollen hierfür eine Mobilisierung anstoßen, um zu erreichen, daß von verschiedenen, französischen Städten aus Gratiszüge nach Köln fahren, ohne zu bezah-

die Forderung der Initiative Collectief Zondere Geld (= Kollektiv ohne Geld) nach kostenlosem Gebrauch von öffentlichen Verkehrsmitteln für die Fahrt zum EU-Gipfel gut fanden und von der Aktionsform begeistert waren. Aber gleichzeitig wurde auch deutlich, daß von denen, mit denen wir sprachen, nur wenige auch mitmachen wollten. Das wichtigste Argument fürs Nicht-Mitmachen war, daß der Zug doch nie ankommen würde und man – koste es, was es wolle – bei der Demo in Köln dabei sein wollte.

Die Gruppe von Leuten,

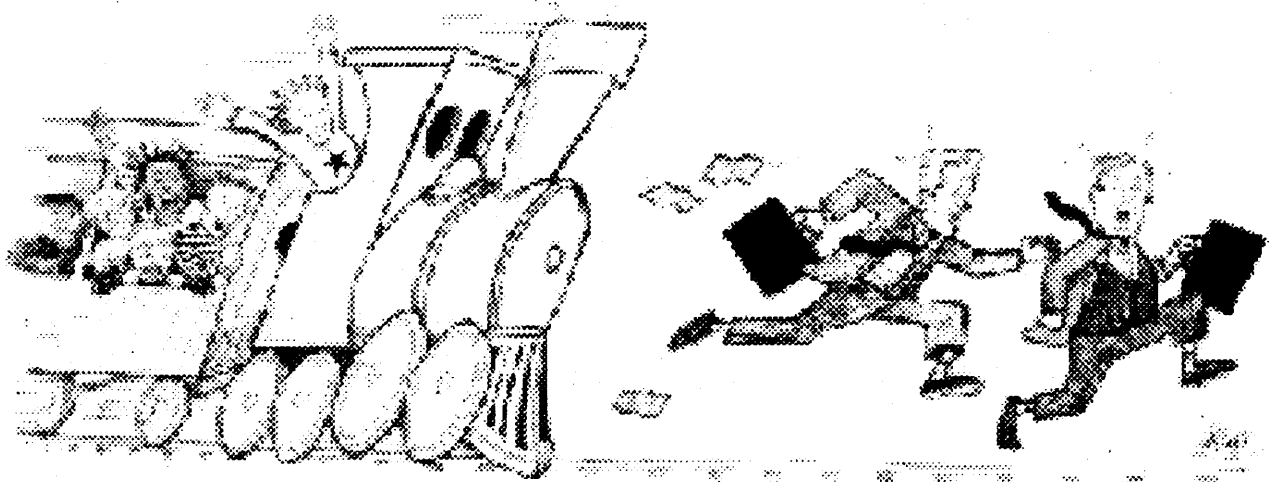
taktisch reagiert. Auch in Utrecht konnte die große Zahl der anwesenden PolizistInnen nicht verhindern, daß wieder 25 `Fahrkartenlose` zu der Gruppe hinzukamen. Die Leute sind einfach um den Polizeikordon herumgelaufen – eine Huldigung an die brilliansten Strategen vom *Collectief Zondere Geld*... Im ersten Abteil des Zuges war die Stimmung ausgelassen. Die Mitteilung eines äußerst nervösen Polizeikommandanten, daß Arnhem Endstation für die Gruppe wäre, tat dem keinen Abbruch.

In Arnhem probierte die

entstand eine mehr oder weniger spontane Volkswut, die sich auch auf andere Zugteile auszubreiten schien. Erst probierte die Polizei, die Gruppe `Schwarzfahrer` in einem Waggon festzusetzen. Sie haben diesen Versuch aufgegeben, nachdem manche drohten, aus dem Fenster zu springen. `Okay, ihr fahrt nach Deutschland`, sagte der Polizeikommandant.

Ausrangiert

In Emmerich (D`land) wurde der Wagen plötzlich losgemacht und auf ein Ab-



die am Samstag, dem 29. Mai, in den Zug einstieg, hatte Lust auf diese Aktion, obwohl viele daran zweifelten, daß wir das Ziel Köln erreichen würden. Am Anfang verlief die Reise gut, obwohl in Amsterdam nur 35 Personen mitmachten. Auf die Drohungen der Zugkontrollen und der Polizei, die nicht verhindern konnten, daß die Schwarzfahrer in den Zug einstiegen, wurde

Polizei, die ca. 20 `Kartenlosen`, die auf den Zug warteten, zu isolieren, was am Anfang auch klappte. `Dieser Zug fährt ohne euch nach Deutschland`, sagte der Polizeikommandant. Dann wurde klar, daß der Wagen mit den SchwarzfahrerInnen abgekoppelt werden sollte. Das konnte die Gruppe mit Erfolg verhindern. In dem Moment, in dem der erste Waggon losgemacht wurde,

stellgleis gefahren. Die Gruppe war leider in diesem Moment nicht aufmerksam genug um den Zug direkt anhalten zu können. Das verkleinerte zweifellos unsere Chance in Köln anzukommen. Innerhalb weniger Minuten kam es dann zu einem erfolgreichen Versuch aus dem Wagen auszubrechen. Die Demonstranten liefen eingehakt zurück auf den Bahnsteig um das Gleis zu

besetzen. Der Zug war gerade weggefahren.

Die AktivistInnen forderten einen neuen kostenlosen Zug nach Köln. Das Angebot der Polizei, hier Fahrkarten nach Köln zu kaufen, wurde nicht angenommen. Die Gruppe drohte mit einer Gleisbesetzung. Die Polizei versprach daraufhin, daß die Gruppe unter bestimmten Bedingungen nach Köln gebracht würde. Man müsste dann aber schon im ersten Waggon mit Polizeibegleitung fahren. Die Gruppe war einverstanden. Der erste Wagen des nächsten haltenden Zuges wurde leer gemacht, aber kurz bevor der Zug wegfuhr kam ein Polizist zu dem Polizeikommandanten, mit der Mitteilung, daß das Versprechen von höherer Stelle abgewiesen wurde. In dem Moment fuhr der Zug weg.

Wir schienen zu sehr auf die Polizei vertraut zu haben. Es war ein taktischer Fehler, daß das Kollektiv im

entscheidenden Moment nicht in der Lage war den Zug anzuhalten. Obwohl die besten Chancen in Köln anzukommen in diesem Moment unnötig verspielt waren, kam noch ein wichtiger Moment, in dem die Gruppe leider zu klein war für eine Blockade des nächsten Zuges. Unterwegs, aber vor allem in Emmerich gab es wichtige Momente, in denen wir, wenn wir vielleicht noch 50 Personen mehr gewesen wären, von der Polizei nicht zu halten gewesen wären. Die `Fahrkartenlosen` probierten noch einmal ohne Erfolg, durch das Polizeiaufgebot zu kommen und einen Zug zu besetzen. Die Polizei reagierte darauf `erfolgreich` mit Knüppeln.

Kostenlose Rückfahrkarte

Nach 4 spannenden, aktionsreichen Stunden wurden beschlossen, die Idee, nach Köln zu fahren, aufzugeben.

Ehrlich gesagt waren viele schon fertig von dem ganzen Hin und Her, das die Aktion mit sich brachte. Es kam zu langen Verhandlungen zwischen den Abgesandten des Kollektivs und der Polizei. Die Verhandlungen nahmen viel Zeit in Anspruch, weil auch ständig in der Gruppe überlegt werden mußte. Die Polizei schien am Anfang auch nicht zu wissen, was sie mit uns machen sollte. Das Kollektiv probierte noch zu erreichen, daß wir mit Bussen nach Köln gebracht würden, worauf die Antwort war, daß wir sie (die Polizei) an diesem Tag schon genug beschäftigt hätten. Von der Seite der Polizei kam der Vorschlag, daß wir eine Rückfahrkarte nach Arnhem bekommen würden, nachdem sie die persönlichen Daten der Leute aufgenommen hätten.

Letzendlich erreichten wir, daß jeder in einer Gruppe zurückfahren konnte, in einem Gratiszug nach



Besetzung der Börse durch AktivistInnen der Arbeitslosenbewegung in Paris.

Amsterdam. Das galt auch für die 7 Personen, die keinen Personalausweis dabei hatten. Sie mußten trotz der Ausweispflicht nur sagen, wer sie sind. Um 3 Uhr stiegen wir mit Ausrufen wie `EU, hau ab` in den Zug. Vom `Hotel Bosch` aus (= besetztes Haus in Arnhem) sind dann noch 15 Personen mit dem Bus nach Köln gefahren.

Es ist deutlich geworden, daß die NS (= niederländische Bahn) nur schwer etwas gegen kollektive Schwarzfahr-Aktionen tun kann. Mit den übervollen Gleisnetzwerken ist die NS sehr angreifbar in Bezug auf Verspätungen, denn sie haben schnell einen Dominoeffekt. Auch weil der Anblick von einem mit Polizei und Hundengesperrrter Bahnhof bei jedem Bild aus dem Film `Schindlers Liste` hervorruft, schien deutlich zu sein, daß auch das Bahnhofspersonal gegen Gratiszugaktionen wenig ausrichten kann. Darum gibt es eine Fortsetzung am Freitag, dem 18. Juni. Wir wollen dann mit einer möglichst großen Gruppe nochmals den Zug von Amsterdam nach Köln nehmen, wo dann das G8-Treffen stattfindet. Nach der Demo am 19. Juni wollen wir wieder schwarz zurückfahren.

Marco (übersetzt aus der Ravage Nummer 286/ 11. Juni 1999)
Mehr Infos gibt's beim

Collectief Zondere Geld
tel: 0031-715173019
e-mail: geengeld@stad.dsl.nl

•••••
**Gratiszug-Aktion aus
Frankreich zur Antifa-
Demo nach Wien,**
Erklärung von Scalp Reflex
(20.02.00):

Gestern abend haben wir (das sind circa 200 französische AntifaschistInnen) versucht, in einen Zug nach Wien einzusteigen. Wir wollten unsere Solidarität mit den österreichischen AntifaschistInnen zeigen und an der heutigen Demo teilnehmen. Das konnten wir aber nicht tun, weil die französische Polizei uns daran hindert hat. Die Polizei hat nicht einmal verhandeln wollen, keine einzige Diskussion war möglich. Nach brutalen Auseinandersetzungen, die eine Stunde gedauert haben und wo zehn GenossInnen und auch ein Passant und einige Fahrgäste verletzt worden sind, ist es 50 GenossInnen gelungen, in den Zug einzusteigen; nach wenigen Minuten ist auch die Polizei eingestiegen, um sie aus dem Zug rauszuschmeißen. Mehrere GenossInnen sind festgenommen worden, und wir haben vor dem Kommissariat demonstriert, bis sie wieder frei waren. Für uns ist klar, daß die französische Regierung und mit ihr die französische sozialistische Partei nicht wollten, daß radikale

AntifaschistInnen in Wien demonstrierten. Sie wollen einen einzigen staatlichen Antifaschismus, einen bürgerlichen etablierten Antifaschismus. Sie präsentieren sich als Antirassisten, während sie für brutale und tödliche Abschiebungen von ImmigrantInnen verantwortlich sind. Als sogenannte Antifaschisten demonstrieren sie heute in Wien, nachdem sie ihrer Polizei befohlen haben, radikale AntifaschistInnen anzugreifen. Aber das wundert uns gar nicht, und in der Zukunft würde es uns auch nicht wundern, wenn sie sich mit Haider oder mit anderen FPÖ-Ministern an denselben Tisch setzen würden.

Obwohl wir mit euch nicht demonstrieren können, wollen wir nochmal unsere internationale antifaschistische Solidarität ausdrücken. Hoch die internationale antifaschistische Solidarität!!!
Quelle: Rosa Antifa Wien
E-Mail: raw@swi.priv.at

Anmerkungen

- 1 Mit doppelter Strafe ist hier wohl gemeint, daß verhaftete Illegalisierte sowohl in Abschiebehaft gefangen genommen als auch danach abgeschoben werden.
- 2 1998 brach in Albanien ein Bürgerkrieg aus. Das 'alte' Regime unter der Führung einer sozialistisch-kommunistischen Partei brach auseinander. Die bewaffnete Opposition bestand zwar vielfach aus ultra-nationalistischen Kräften

und Banden, die plündernd und vergewaltigend durch die Städte zogen, jedoch bildete sich in diesem Machtvakuum vorübergehend etwas heraus, was man als Rätssystem bezeichnen kann. Mit der 'albanischen Zivilgesellschaft' sind hier offensichtlich diejenigen gemeint, die das Machtvakuum zugunsten des Aufbaus einer direkten Demokratie nutzten.

3 'AC!' (Agir contre le chômage) ist eine trotzkistisch-orientierte Arbeitslosenorganisation, die ein wichtiger Teil der französischen Euromarschstruktur ist.

4 'CRS' (Compagnie Républicaine de Sécurité) ist die Frankreich weit verhasste Bereitschaftspolizei.

5 Der französische Innenminister der linksdemokratischen Regierung Jospins. Chevènement gehört der 'Radikalen Bürgerbewegung' an, die eine Abspaltung des rechten Flügels der Sozialistischen Partei ist und bei den letzten Wahlen etwa 5 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

6 SNCF (Société Nationale des Chemins de Fer), staatliche, französische Eisenbahn-

gesellschaft

7 'CNT' (Confédération Nationale du Travail) ist eine anarcho-syndikalistische Organisation.

8 'FN' (Front National) ist eine faschistische Partei, die bis zu ihrer Spaltung 1999 etwa 15 % aller Wählerstimmen in Frankreich auf sich vereinigen konnte. Ein prominenter Parteiführer ist Jean-Marie LePen.

9 'SUD' (Solidaire, Unitaire, Democratique) ist eine trotzkistisch-orientierte Basisgewerkschaft, die einige 10000 Mitglieder hat und v.a. in den Betrieben der französischen Post und der Eisenbahn verankert ist. Die 'SUD' ging aus einer Abspaltung der 'CFDT' (Confédération Française du Travail) hervor, in der sich alle nicht-sozialdemokratischen und nicht kommunistisch-stalinistischen Käfte organisierten.

10 Gemeint sind hier sicher alle Aktionen, die sich in der Sans-Papiers- und Arbeitslosenbewegung in Frankreich entwickelt haben: Besetzungen, Enteignungen, organisierter Kaufhausklau, Gratisessen in Luxusrestaurants, Gratiszüge etc..

11 Gemeint sind hier die Niederlande. Das Poldermodell ist die modernisierte Form des holländischen Sozialstaatsmodells, in dem soziale Zuwendung für »Bedürftige« an die Bereitschaft zur Arbeitsleistung gekoppelt ist.



Aufruf zum Gratiszug gegen die Expo in Hannover, Bielefeld, Mai 2000

Kritik und Neuigkeiten

Kritik im Kassiber (Bremer
Stadtzeitung), Mai 2000

»Strategische Neuorientierung«: Piraterie!

»Gratiszug – geil, einen Zug besetzen, nein kapern«, denke ich. Vor dem geistigen Auge schlägt eine wilde Bilderfolge aus Western- und Piratenfilmsequenzen Purzelbaum. »Klar, da kümmerge ich mich drum,« höre ich mich murmeln, während ich mir die gerade eingetroffene Broschüre »ein gratiszug nach paris« vom ak internationalismus aus Bielefeld schnappe. Bei der Lektüre derselben verflüchtigten sich allerdings – und das ist auch gut so – sämtliche Abenteuer Assoziationen. Denn leider sind bekanntlich die Verhältnisse nicht wie im Film, Widerstand kein Räuber- und Gendarm Spiel und die Linken schon gar keine HeldInnen. Hinsichtlich der Broschüre scheinen die Linken vor allem nicht gerade HeldInnen der Analyse zu sein. Im dem einleitenden Aufruf zur Diskussion über einen Gratiszug nach Paris folgenden, eher analytischen Teil der Broschüre wollen die AutorInnen zunächst die Situation in Eüropa und der BRD kurz darstellen, dann den antikapitalistischen Aspekt der Gratiszug-Idee mit anderen Ansätzen zur

sozialen Frage vergleichen und schließlich die antirassistische Komponente der Gratiszug-Aktionen hervorheben.

Ausgangspunkt der AutorInnen für alle weiteren Überlegungen ist die Frage, warum die Mobilisierungen und Aktionen gegen die EU- und G8-Gipfel im Juni 1999 in Köln im Gegensatz zur erfolgreichen Mobilisierung gegen den IWF 1988 in West-Berlin oder gegen den WWG 1992 in München ein »Trauerspiel« waren. Der mit dieser zweifellos sinnvollen Frage aufgebaute Spannungsbogen fällt aber einige Zeilen weiter wieder in sich zusammen. Denn ohne große Mühe auf Argumentation oder vielleicht einen Hinweis für weitergehende Lektüre zu verschwenden, wird die LeserIn schlicht in Kenntnis gesetzt, daß ein in den 60ern begonnener »Zyklus gesellschaftlicher Auseinandersetzungen« nun zu Ende geht, weswegen eine »Neuorientierung der Linken« erforderlich sei. Mit derlei wenig erhellenden Allgemeinplätzen fahren die AutorInnen mit ihrer in der Tat äußerst »kurzen Darstellung der Situation in Europa und der BRD« fort, um dann geradewegs auf ihr Anliegen zu sprechen zu kommen, nämlich der Forderung nach einer – angesichts des europäischen Einigungsprozesses

– internationalen Organisation des Widerstandes. »Im Zusammenkommen und in der Vernetzung der autonomen Kämpfe und Basisprozesse auf europäischer Ebene sehen wir eine aktuelle notwendige strategische Orientierung«, denn – so erfährt die LeserIn einige Zeilen zuvor – in Europa wimmelt es nur so von »Klassenkämpfen« mit »neuer Qualität«, von »sozialen Bewegungen (...), die die europäische Frage und antikapitalistische sowie antirassistische Organisation auf die Tagesordnung setzen«. Als Beispiele verweisen die AutorInnen auf den nationalen Rahmen sprengende Aktionen der Sans-Papier (Frankreich, Belgien und Deutschland), die Streiks der Renault-Arbeiter (Frankreich, Belgien und Spanien) und der Widerstand von Arbeitslosen und Ausgegrenzten (überall). Nun soll hier nicht in Frage gestellt werden, daß es Sinn macht, die genannten Beispiele in Überlegungen zur derzeitigen Situation, über Perspektiven und mögliche Neuorientierung einzubeziehen. Aber die AutorenInnen sollte in ihrem durchaus begrüßenswerten Nachdenken über eine offensichtlich sozialrevolutionäre Neuorientierung, nicht in denselben Fehler verfallen, den schon Generationen von Sozial-

revolutionären vor ihnen gemacht haben. Nämlich von jedem illegalen Flüchtling deterministisch auf eine künftige Stärke beispielsweise der Sans-Papier-Bewegung zu schließen oder von jedem Supermarktklau auf den künftigen Revolutionär. Denn hinsichtlich der Darstellung (Einschätzung?) der AutorInnen, die den Eindruck erweckt, als würde die herrschende Ordnung bereits durch Massenbewegungen erschüttert, wußte die Rezensentin nicht mehr, ob sie den VerfasserInnen Anerkennung angesichts eines – im Sinne von Verkaufsstrategie – gelungenen Aufrufs zollen sollte, oder ob ernstliche Sorgen wegen verzerrter Wahrnehmung angebracht wären. (Vielleicht ist aber auch meine Wahrnehmung als angehende Sesselfurzerin nicht mehr auf dem neusten Stand...)

In ähnlicher Weise ließe sich der Eindruck beschreiben, den der Vergleich des Grätisleben-Konzeptes mit anderen Ansätzen zur sozialen Frage hinterließ. Das Grätisleben-Konzept ist sozusagen der übergeordnete Begründungszusammenhang, unter dem die AutorInnen ihr Votum für eine Grätiszug-Aktion als »ein Baustein« verstanden wissen wollen. Das Grätisleben-Konzept wird verglichen mit der Existenzgeld-Forderung, dem proletarischen Internationalismus/neuen Anti-imperialismus und dem

Lohnkampf. In aller 'Kürze werden hier die genannten Ansätze durchdekliniert anhand von »inhaltlicher Form/theoretischen Überlegungen«, »möglichen Aktionsformen«, »Grenzen«, »Bündnissen und Koordinationsmöglichkeiten« und »Basisorientierung«. Insgesamt erinnert die Besprechung der Ansätze eher an den Vergleich von Kuchenrezepten: Wer backt den besten Kuchen, spricht Revolution? Pointiert zusammengefaßt kommt dabei ungefähr folgendes heraus:

- * Existenzgeld-Forderung: Läßt den Kuchen nicht gar werden, weil – sofern sie überhaupt revolutionär gedacht wird – Staat und Kapitalismus nicht ihren eigenen Zusammenbruch organisieren.
- * Proletarischer Internationalismus/Neuer Antiimperialismus: Schmeckt zur sehr nach Lenin, konkret nach »Avantgarde«, »historischem Determinismus« und »Diktatur des Proletariats«.
- * Lohnkampf: Da haben die Gewerkschaften mit ihrer Sozialpartnerschaft schon längst die Oberhitze ausgeschaltet und obendrein gehören LohnarbeiterInnen zu den sich verflüchtigenen Gewichtsanteilen der Gesellschaft.
- * Grätisleben-Rezept: Obwohl dieses Rezept ein hohes Konfrontationsniveau« mit sich bringt (laut Duden ist übrigens

eine milderne oder beschönigende Umschreibung eines Sachverhaltes »Euphemismus«), garantiert das Grätisleben-Rezept schon beim Backen »die praktische Infragestellung des kapitalistischen Prinzips von Markt, Besitz und Eigentum (...) die Revolutionierung des Alltags« sowie »Emanzipation durch Selbstorganisation«, sofern die BäckerInnen die Kunst beherrschen, sowohl eine homogene Teigmasse »auf internationalistischer und anti-imperialistischer Basis« zu kneten als auch gleichzeitig die potentiell weniger begeisterten »ArbeitsplatzbesitzerInnen« unterzurühren. Obwohl auch mir Backwerk nach dem Grätisleben-Rezept am ehesten munden würde, bleibt der fade Nachgeschmack, daß die AutorInnen nicht nur ihren Vergleich verschiedener Ansätze zur sozialen Frage inhaltlich reichlich simpel gestrickt haben, sondern auch »die Revolution« zwar einen »dialektischen Prozeß zwischen den Handelnden und der Gesellschaft« nennen, tatsächlich aber eher an eine Art Mechanik, die man nur richtig bedienen muß, denken. Wobei zu diskutieren wäre, ob derlei mechanisch anmutende Vorstellungen nicht ein Problem der Revolutionstheorie insgesamt sind.

Wer allerdings nicht den

Maßstab des analytischen Gehalts anlegt, sondern den Text an der Elle einer gut verständlichen Schreibe, klarer Strukturierung deutlicher Standortbestimmung und Handlungsanweisung mißt, kurz, wer einen Text mit Aufrufcharakter samt künftiger Marschrichtung erwartet, wird nicht enttäuscht werden. Im zweiten Teil der Broschüre, dem Dokumentenanhang, werden verschiedene Aufrufe und Berichte aus Italien, Frankreich und den Niederlanden zu vergangenen Gratiszug-Aktionen in deutscher Sprache veröffentlicht. Die Texte stammen aus der französischen Zeitung »No Pasaran« und der holländischen »Ravage«. Aufschlußreich sind weniger die Aufrufe für Gratiszug-Aktionen, einmal im März 1999 von Italien nach Paris zu einer Demon-

stration anläßlich des dritten Jahrestages einer Kirchenbesetzung durch Sans-Papiers und einmal im Mai 1999 von den Niederlanden zur Kölner Euromarschdemo, als vielmehr die Berichte über den Verlauf der Aktionen. Gerade die Lektüre dieser Berichte führt vor Augen, wie viele Fragen die AutorInnen der Broschüre unbeantwortet lassen oder gar nicht gestellt haben. Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, anstelle des zwar groß angelegten, aber letztlich wenig erkenntnisreichen Rundumschlages über die Möglichkeiten und Grenzen diverser »Revolutionskonzepte«, die konkreten Möglichkeiten und Grenzen der vorgeschlagenen Gratiszug-Aktionen zum Pariser EU Gipfel und zum Prager IWF in diesem Jahr vor dem Hintergrund der bisherigen

Erfahrungen genauer unter die Lupe zu nehmen.

Berücksichtigt man jedoch, daß die AutorInnen die Broschüre als Aufruf und Diskussionsgrundlage für das bundesweite Treffen Anfang April geschrieben haben; so ist ihnen dies sicherlich gelungen. Denn ein zwar inhaltlich etwas schlichter Text, der aber Widersprüche provoziert und Fragen offenläßt, ist allemal sowohl »seichtem Gelabere« als auch unter Umständen tiefgründigen, aber häufig wegen exklusiven Sprachgebrauchs nur noch Berufstheoretikern zugänglichen Analysen bei weitem vorzuziehen. Fazit: Noch'n bisschen nachdenken und diskutieren und dann – na klar Züge kapern!

Else Koslowski



Aufruf der Euromärsche gegen den EU-Gipfel in Nizza Auf nach Nizza!

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden am 7. Dezember in einer Regierungskonferenz in Nizza über eine institutionelle Reform der EU und über eine Charta der Grundrechte in der Union abschließend beraten.

Nach Maastricht und Amsterdam wird sich die EU einen neuen Vertrag geben. Ausgehend von der bisher vorgesehenen Tagesordnung steht zu befürchten, dass er wieder einmal nichts anderes bringen wird als einen weiteren Rückzug der EU-Staaten aus der sozialen Versorgung und dem öffentlichen Dienst.

Während sich der prognostizierte Wirtschaftsaufschwung in Europa bestätigt und die Unternehmen traumhafte Gewinne einfahren, haben Millionen von uns keine andere Zukunft als weitere Massenentlassungen, zunehmend ungeschützte Beschäftigung und Armut.

Zusammen mit den sozialen Bewegungen und zahlreichen europäischen Gewerkschaften fordern die Erwerbslosenorganisationen in der Bundesrepublik:

- dass die sozialen Grundrechte als verbindliches und einklagbares Recht für alle in Europa lebenden

Menschen in das Vertragswerk der EU verankert werden,

- dass in Europa und in der übrigen Welt ein Mindeststandard für Sozialleistungen, Löhne und Renten eingeführt wird, dass die Regierungen sozial und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze schaffen,
- das Ende der unmenschlichen Abschiebepolitik der EU-Staaten,
- das Ende der Deregulierung von Löhnen, Sozialleistungen und Arbeitsmarkt,
- das Ende einer »Beschäftigungs«politik, die Menschen trotz Arbeit in Armut treibt.

Die Unterzeichnenden rufen alle auf, gegen Massenerwerbslosigkeit und Armut den europaweiten Protest des »Europa von unten« zu setzen – Erwerbslose, Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher, prekär Beschäftigte, soziale Bewegungen, MigrantInnen und Flüchtlinge, Gewerkschaften und politische Parteien:

Lasst uns am 7. Dezember 2000 in Nizza zu einer eindrucksvollen Demonstration

der sozialen Bewegungen in Europa zusammenkommen!

Beteiligt euch an der europäischen Versammlung der Erwerbslosen am 2. und 3. Dezember in Paris!

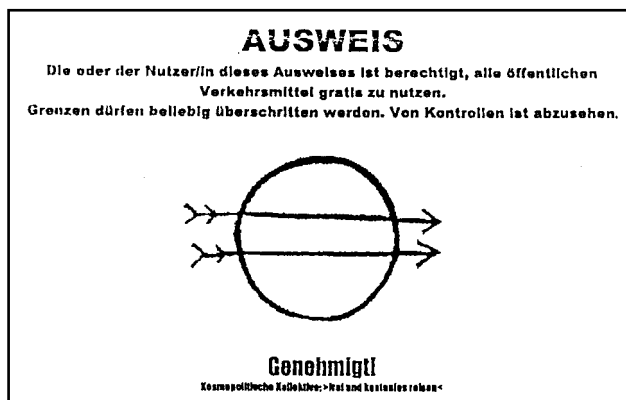
Zu der Versammlung sind neben VertreterInnen von Bundes- und Landeszusammenschlüssen vor allem Vertreterinnen und Vertreter örtlicher Einzelinitiativen geladen. Hauptthemen der Versammlung werden ein europäischer Mindeststandard für Löhne, Sozialleistungen und Renten sowie eine Charta der sozialen Grundrechte in Europa sein (siehe Terminliste).

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Bielefeld; Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung; Arbeitsloseninitiative Thüringen (ALI); Arbeitslosenverband Deutschland e.V. (ALV); Bundesarbeitsgemeinschaft Erwerbslose (BAG-E).

Kontakt:

www.euromarches.org



Ausweis der »kosmopolitischen Kollektive >frei und kostenlos reisen<«, Kassel, April 2000

Termine gegen das Europa der Herrschenden

(Die Termine sind vorläufig.)

9.Juni, Brüssel

Demonstration mit anschließendem Symposium der Europäischen Märsche zum Thema »Europaweite Mindeststandards für Einkommen« – anlässlich des Gipfeltreffens des europäischen Unternehmerverbands UNICE.

19.Juni, Porto (Portugal)

Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds – anlässlich des EU- Gipfels. Die Europäischen Märsche werden daran teilnehmen.

25.Juni, Genf

Demonstration der sozialen Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften anlässlich des UN-Sozialgipfels (Nachfolgegipfel von Kopenhagen). Sechs Monate nach Seattle, drei Monate nach Washington geht der Kampf gegen WTO und weltweite Deregulierung weiter.

14.Oktober

Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarschs 2000 in Brüssel. Anfang Dezember, Paris Großkonferenzen von Espace Marx und ATTAC zum Thema Globalisierung

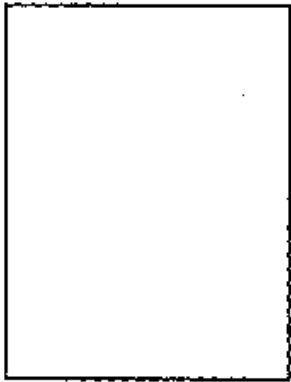
2. und 3.Dezember, Paris

Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten. Evtl. anschließend: Gemeinsame Initiative mit den UnterstützerInnen des Aufrufs Bourdieu, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert.

7.Dezember, Nizza

Großdemonstration der Europäischen Märsche, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen anlässlich des EU-Gipfels.

Karten für das Recht auf kostenlose Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Carte pour le droit aux transports	
Nom :	
Prénom :	
né(e) le :	
Adresse :	
Carte n° valable en :	Signature du titulaire : AC!

Karte von *AC!* (Agir contre le chômage)

<p>Arbeitslosenkomitee <i>Guincamp</i> 22200 Guincamp</p> <p>Liebe/r Herr/Frau Kontrolleur/in, Wir, das Arbeitslosenkomitee aus <i>Guincamp</i> sind solidarisch mit, der/die sich unbedingt nach begeben muss und nicht die Summe hat, sein/ihr Ticket zu bezahlen.</p> <p>In einigen Städten Frankreichs haben die Arbeitslosen und Ausgegrenzten das Recht auf die kostenlose Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchge- setzt. Es wäre von wesentlicher Bedeutung, wenn sich die französische Eisenbahngesellschaft (SNCF) dieser Initiative anschliesst.</p> <p>Wir bitten um Ihr Verständnis und Ihre Solidarität.</p> <p style="text-align: right;">Das Arbeitslosenkomitee <i>Guincamp</i></p>

Übersetzte Karte des Arbeitslosenkomitees aus Guincamp.

Aus: Le lundi au soleil; Texte der Arbeitslosenbewegung, Nov. 1997 – April 1998

